September / Oktober 2017 • # 1058/1059



## Gorleben Rundschau



### **Kohle**

Zig Millionen Mark hätte Andreas Graf von Bernstorff von der Atomindustrie bekommen können. Er lehnte ab – und wurde eine wichtige Stütze des wendländischen Widerstands.

### **Dampf**

Die Deutschen betrachten sich selbst als Weltmeister im Klimaschutz. Völlig zu Unrecht. Unser Gast-Autor von der Süddeutschen Zeitung lässt ordentlich Dampf ab!

### Ruß

Kohlendioxid und Feinstaub müssen reduziert werden. So einig sind sich die meisten Länder immerhin. Dass dadurch die Atomkraft wieder salonfähig wird, gilt es zu verhindern.

### Gorleben's strong resistance

I've heard for the first time about the Gorleben resistance more than two decades ago and been coming several times to take part in Castor blockades. I was bringing other people from Russia to witness this resistance and share the experience.

I don't know how many people around the Gorleben site realize this, but your resistance has been the most powerful and most inspiring anti-nuclear movement across the world for decades. Many generations of young activists in various countries decided to fight the dangerous, unhuman and unjust nuclear power because the Gorleben resistance existed. And even if the question of nuclear waste storage is not solved yet, this resistance has truly been changing the world. It was always a great example of how hard people can fight for their future. It was always inspiring us in Russia and, I'm sure, many others around the world to keep on our own anti-nuclear fight and offer our support and solidarity to others fighting together with us.

The Gorleben resistance is a great example of how mighty people can be when they unite and how long resistance can work if people are truly dedicated to this. So, resistance cannot loose, it can only win. When the system attacks you and takes what is yours, including environment, safety and life, it is always necessary to fight back.

This is the only way to keep our human rights and protect lives – ours and of future generations. We, from Russia, salute you on the 40th anniversary of your resistance. We will fight together until nuclear power is truly gone, and until we win everywhere – in Gorleben and around the world.

Vladimir Slivyak Ecodefense, Russia





Martin Donat, Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg

anche Menschen mögen keine Veränderungen. Und manchen Menschen ist unsere heutige Welt mit ihrer Vielzahl an Informationen, Blickwinkeln und Lebensentwürfen viel zu kompliziert. Sie möchten lieber eine Steuererklärung auf dem Bierdeckel und eine möglichst schon von weitem zu identifizierende Bevölkerungsgruppe, die an allem schuld ist. Es sind dies oft auch diejenigen Menschen, die durch Ehrgeiz oder auch nur Glück viel erreicht und angehäuft haben und fürchten, dies nun womöglich mit anderen teilen zu müssen. Dabei wissen wir schon, seit der Club of Rome in den Siebzigern die Grenzen des Wachstums ausmachte und die Friedensbewegung das (atomare) Wettrüsten anklagte: Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.

Nach Jahrzehnten eines schweren Kampfes auf der Straße und in den Parlamenten ist nun auch in der eher trägen Mehrheitsgesellschaft angekommen, dass Atomkraft keine lebenswerte Zukunftsoption ist. Um das bereits verbrannte Uran in der Erde zu belassen, ist es aber für Tausende Tonnen Atommüll leider längst zu spät. Angesichts von Hunger, Dürre, Flut und Millionen Menschen auf der Flucht vor Verteilungskriegen, erkennt die Weltgemeinschaft ebenso träge, dass auch das fossile Zeitalter uns und die Natur die Zukunft kostet. Und während man hierzulande längst erkannt hat, dass die gesamte dreckige, nukleare Brennstoffkette von Uranabbau bis zur Bombe und Endlagerung alles andere, als klimaneutral ist, stehen Atomkonzerne schon wieder in den Startlöchern, um kleinen Ländern Atomkraft als "Klimaretter" aufzuschwatzen und auch noch Subventionen dafür einzustreichen. Wenn sich im November die

Staatschefs der Welt zum Klimagipfel in Bonn treffen, wird es also wieder bitter nötig sein, ihnen zuzurufen: "Don't Nuke the Climate!"

eider gibt es keine Energiepolitik auf dem Bierdeckel, die uns das Goldene Zeitalter beschert. Denn wenn wir nicht schleunigst lernen, die Grenzen des Möglichen zu erkennen, unsere kollektive Gier zu zügeln und das Vorhandene sinnvoll und gerecht zu verteilen, dann werden auch Mega-Windparks, Maislandschaften und Solar-Mammutprojekte wie Desertec uns kaum noch retten können. Am Ende könnte es eben nicht die Gigantomanie der grüngewaschenen Atomkonzerne und einer neuen zentralistischen Energiewirtschaft, sondern ein vielfältiges Konglomerat aus Einsparung, Effizienz und Energie in Bürgerhand sein, das eine freundliche Option demokratischer Energiepolitik für die Zukunft verspricht.

### **IIImpressum**

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow redaktion@gorleben-rundschau.de service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac) und Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Wilhelm Schulte (ws) Weitere Mitarbeiter/-innen: wie namentlich gekennzeichnet – Gestaltung: Andreas Conradt – Korrektorat: Helga Wallat



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH Lohweg 1, 30559 Hannover Auflage: 3600, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White Weitere Infos, Leserbriefe und Feedback auf der Website: www.gorleben-rundschau.de



1995 gründeten Motoradfahrer/
-innen im Wendland die Gruppe "Idas", benannt nach dem
gleichnamigen Helden der griechischen Mythologie: Idas erschlug seinen Cousin, den Castor, im Kampf.

Sie gaben bekannt: "Wir sind eine kleine Gruppe von Menschen, die offen gegen Atomkraft (quer) stehen und dieses auch zu Castor-Transport-Zeiten öffentlich tun. Deswegen haben wir uns innerhalb der Kuhlen Wampe organisiert." Die Kuhle Wampe, politisch links, für Frauen und Männer – der etwas andere Motorradclub.

Und so rollten bei den Demonstrationen nicht nur imposante Trecker, sondern auch rund 70 eindrucksvolle Motorräder.
Denn wenn sich 20000 Beamt/-innen und noch einmal so viel Protestler/-innen (mit Fahrzeugen) auf einer begrenzten Fläche aufhalten, dann kann es eng werden. Alle Straßen dicht, auch wenn der Grund meist eher ein ausschweifendes Versammlungsverbot war.

Die Motorräder übernahmen während der Castor-Proteste Kurierdienste, fuhren auf den schlechtesten Feldwegen, sondierten die Lage an bestimmten Orten und beförderten auch schon mal eine Filmrolle fürs ZDF.

Beim Transport 2011 wollte eine ältere Dame aus Wustrow einen kulinarischen Beitrag für die VolXküche auf der "Esso Wiese" leisten. Aufgrund ihres Alters konnte sie "nur" fünf Brote am Tag backen. Jeden Morgen dufteten diese frisch gebackenen Brote auf einem Motorrad zwischen Wustrow und Dannenberg. "Idas" und die Kuhle Wampe – Motoradfahrer/-innen gegen Atomkraft. Eine ganz schön coole Sache. (bh)

Bitte unternehmt etwas.
Sonst gönnen wir euch keine einzige Biokartoffel mehr!

BI-Vorsitzender Martin Donat zur Polizeitaktik während des G20-Gipfels an die Adresse der Hamburger Grünen

### Schmonzette I Kuriose Bestellung

Überraschung im Büro der Bürgerinitiative. Zusammen mit der Online-Bestellung eines Wendenpasses erhielt Mitarbeiter Torben Klages eine kuriose Nachricht: "Hallo aus Kiev. Bitte halten Sie Ihre Aktivität im Kampf um die Reinheit unserer Umwelt aufrecht. Ich möchte ein Bürger der Freien Republik Wendland werden. Mein Urgroßvater zog einst aus Niedersachsen hierher in die Ukraine. Sein Name war Gottlieb Wendland." Post ist unterwegs! (ac)





Das freut den Vorstand: Gegen den Trend in anderen Vereinen, steigt die Mitgliederzahl des Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. trotz des fehlenden "Mobilisierungsfaktors" der Castortransporte seit Jahren kontinuierlich.

### Schmonzette II Castor-Diorama

Die Polizeihistorische Sammlung am Platz der Luftbrücke in Berlin 1 ist um eine Attraktion reicher: Mitarbeiter der Außenstelle Lankwitz haben ein Diorama gebaut, dass eine Szene des Straßentransports der Castoren von der Umladestation in Dannenberg nach Gorleben zeigt. Auffällig ist die fast schon klinische Beinheit



### Schmonzette III Geld weg und wieder da

Wer kennt sie nicht, die kleinen Info-Ecken der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) in vielen Geschäften des Wendlands, mit Aufklebern, Fahnen und der Gorleben Rundschau, die zur Selbstbedienung einladen. Unübersehbar diskret mahnt dabei die plombierte Spendendose. Das verleitete nun einen Unbekannten im Dannenberger Lokal "Fritz" dazu, sich selbst zu bedienen: Die Dose war weg,

das Spendengeld futsch. Das Gewissen plagte jedoch, so dass der Bruder des Täters tags drauf mit der zerbeulten Dose und 20 Euro ins "Fritz" zurückkehrte. Sein Bruder sei betrunken gewesen und hätte die Dose auch nicht aufgekriegt. Deckel drauf, befand die Bl. (we)



#### Lüchow

#### Neuer Straßenname

Marianne Fritzen, Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg, ist posthum auf besondere Art geehrt worden: Auf Antrag dreier Anlieger in der Nachbarschaft von Fritzens ehemaligem Wohnsitz wurde im Beisein ihrer Kinder (Foto) ein Teilstück der Straße "Waldwinkel" in Kolborn bei Lüchow in "Marianne-Fritzen-Weg" umbenannt. Auch wenn Fritzen zu Lebzeiten nicht alle ihr zugedach-

ten Ehrungen annehmen mochte, hätte ihr der neue Straßenname womöglich gefallen: Als Aktivist/-innen im Oktober 2014 an der bis dahin namenlosen Uferstraße in Hitzacker ein Schild mit dem Schriftzug "Marianne-Fritzen-Promenade" aufstellten, musste die Grande Dame des Widerstands schmunzeln. Überraschung am Rande: Mit dem neuen Namen des Straßenabschnitts ist – im Jahr 2017! – erstmals eine Straße in Lüchow nach einer Frau benannt worden. (ac)

### Gartow

### Ausstellung zur ASSE

"Das Unsichtbare sichtbar // Blicke in die Asse" heißt eine Kunstausstellung in Gartow bei Gorleben. Das Atommülllager als

Thema eines Langzeit-Kunst-Projektes: Die beteiligten Künstler/-innen, allesamt Absolventen und Studierende der HBK Braunschweig, setzten sich mit künstlerischen Mitteln mit der Asse als Ort und gesellschaft-

58-750-9.1

lichem Problem auseinander. Die Ergebnisse zeigten sie 2015 mit Erfolg in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin. Der Westwendische Kunstverein \$2, unmittelbar inhaltlich und räumlich positioniert zum geplantem Atommüllendlager und dem Zwischenlager Gorleben, greift diese "Steilvorlage" auf und zeigt im

Zehntspeicher in Gartow eine erweiterte Fassung dieser Ausstellung. Entstanden sind unterschiedliche Werke, die von dokumentarischen Arbeiten bis hin zu künstlerischen Objekten reichen. Zu sehen ist die Ausstellung noch bis

zum 24. September im Zehntspeicher, 29471 Gartow. Geöffnet ist sie freitags, samstags und sonntags jeweils von 12 bis 16 Uhr. (pm)



Unser "Hochsommer" begann beim G20. Mit Bus und unserer Moderatorin traten wir den Weg nach Hamburg an. 76 000 Menschen ließen die "Grenzenlose Solidarität statt G20" zu einem Erfolg werden. Während wir uns im Klimablock bewegten, kam es leider zu sehr unschönen Szenen, als die Polizei den Block hinter uns auseinandertrieb. Bei dem Versuch, beruhigend einzuwirken, wurden zwei Vorstandsmitglieder niedergewalzt und zogen sich leichte und mittelschwere Verletzungen zu. Deutlich entspannter gestaltete sich das e-ventschau-Festival Ende Juli. Wir waren wieder mit Infostand und Redebeiträgen dabei und genossen die tolle Musik für den guten Zweck. Anfang August gab es das BI-Sommer-Camp. Der internationalistischen Ausrichtung folgend, diente es einem länderü-

bergreifenden Austausch. Von Vorträgen und Workshops über Filmvorführungen und Ausfahrten bis hin zu einem Aktionstag und dem integrierten "Free Flow Festival" wurde allerlei geboten. Das internationale Flair förderte vor allem die Vernetzung zu den anstehenden Protesten bei der Weltklimakonferenz in Bonn. Mit Leona Morgan durften wir schon zuvor eine American Native Aktivistin vom Stamm der Diné begrüßen. Die Kampagne "Don't nuke the climate", die möglichst viele Aktivist/-innen zu Protesten in Bonn zusammenführen soll, wird unterstützt von Einzelpersonen aus dem Umfeld der Bl.

Den krönenden Abschluss bildete ein Besuch bei unseren Freund/-innen der AG Schacht Konrad. Die Arbeitsgemeinschaft feierte in diesem Jahr ihr 30. Jubiläum mit einem Festakt nahe des Schachts Konrad. (tk)



### Nachgetreter Schnauze!

Wenn's eins gibt, das fast schlimmer ist als meine Laune, dann das Sommerwetter 2017. Wenn Dauerregen Musik wäre, wäre das Voll-Punk.

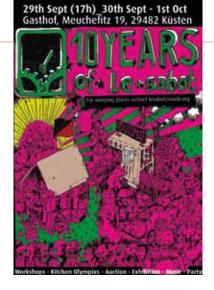
Aber hier übers Wetter zu wettern, würde womöglich Deine Laune auf das meinige Level heben, äh: senken. Willst Du das? Dacht' ich's mir doch.

Worüber könnte man also reden? Möglicherweise wäre es mal angebracht gar nix zu sagen. Denn hinsichtlich des weltweiten verbalen bullshit (da nehm' ich mich vorsichtshalber gar nicht von aus!), sollte man vielleicht ernsthaft über ein weltweites Schweigegelübde nachdenken – was nicht mit Sprachlosigkeit gleichzusetzen ist.

Zum Nachdenken, zum Schweigen so und so, bedarf es keines Wortaustausches, der, schaut man nur mal ins politische Geschäft, zu oft in argumentationslose Wortgefechte bis hin zu sinnlosen Verbalkriegen ausartet, statt tatsächlichem Meinungs- und Gedankenaustausches zu dienen. Diese Wortgefechte und Verbalkriege machen einen auch schon mal ungewollt sprachlos, während ein Schweigegelübde aus freiwilligem Antrieb und eher aus Nachund Vordenken resultiert. Allerdings sind diese Art von Kämpfen kein Privileg politischer Landschaften, sondern finden auch auf anderen Ebenen statt. Vielleicht auch bei Dir zu Haus' oder an Nachbars Gartenzaun? Wie wär's wenn alle mal für eine heilende lange Weile die Klappe halten würden und sich ganz allein mit sich ins geistig-seelische Gefecht begeben würden? Und zwar solange bis man wirklich was zu sagen hat. Lohnt darüber zu reden? Honi soit qui mal y pense. (bodo)

### Wendland 10 Jahre Le Sabot

Seit zehn Jahren gibt es die VolXküche "Le Sabot". Das soll Ende September im Gasthof Meuchefitz gefeiert werden. Vom 29. September bis zum 1. Oktober werden dort "Skill sharing Workshops", "Kitchen Olympixs", Auktionen und Konzerte veranstaltet. Le Sabot kann kontaktiert werden unter lesabot@nadir.org. (gr)







#### Die Bürgerinitiative bittet um Hilfe:

Wenn ihr im Wendland auffällige Container-LKW mit dem Radioaktivitätszeichen seht, meldet euch bitte im Bl-Büro und nennt Standort und Fahrtrichtung. Hotline: 05841-4684

### Bund übernimmt Lager The days after

Seit August ist alles neu! Angeblich. Der Betreiber der beiden Zwischenlager und der Pilotkonditionierungsanlage Gorleben ist nicht mehr die privatwirtschaftliche Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), sondern der Bund. Für 24 Milliarden Euro hat sich die Atomwirtschaft von den finanziellen Lasten der Atommüllentsorgung freigekauft. "Ein Schnäppchen zu Lasten der Steuerzahler", kritisiert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI).

Mit einem Menschenbild hat sie deshalb kürzlich vor den Atomanlagen demonstriert. Das MotGedelitz. Dementsprechend waren auch die Redebeiträge international: Aktivist/-innen aus Indien, den USA und Russland kamen zu Wort.

Zeitgleich wurde sichtbar, dass die neue Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) sich von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) nicht wirklich freimacht. "Das Firmenlogo wurde dürftig überklebt. aber die GNS schimmert noch durch", weist die BI auf die Doppeldeutigkeit hin. "Das ist unfreiwillig konsequent, denn personelle Konsequenzen hat der Bund nicht gezogen: Alle 150 Beschäftigten an den Standorten Ahaus, Gorleben und Essen wurden übernommen.

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: Wir vermissen eine Berufung von unabhängigen und kritischen Leuten in der Geschäftsführung, die Garanten für eine neue Sicherheitsphilosophie und Sicherheitskonzepte wären, aber das ist vielleicht auch gar nicht gewollt".

Immerhin: das wochenlange Drängen und Nachfragen der Bürgerinitiative, welchen Preis der Bund für die Übernahme der Zwischenlager und damit des Atommülldesasters zu zahlen hätte, hat sich gelohnt: Der Bund zahlt nichts. (gr)



### Zwischenlager Gorleben

to: "Ihr habt das Geld, uns bleiben die Sorgen". Mit von der Partie waren auch Teilnehmer/ -innen des BI-Sommercamps und des Free Flow Festivals in



### Geologie

### **Endlagersuche gestartet**

Seit Anfang August hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) damit begonnen, geologische Daten zu erheben. Dies sind die ersten Schritte im neuen Standortauswahlprozess für die Suche nach geeigneten Endlagerformationen in Deutschland. Ausgehend von der "weißen Landkarte" benötigt die BGE zunächst Daten, mit denen sie die im Gesetz festgelegten Ausschlusskriterien auf das gesamte Bundesgebiet anwenden kann. Dabei handelt es sich um tektonische, bergtechnische und hydrogeologische Daten.

Diese "weiße Landkarte", so die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), hat bereits mit der Asse II und Morsleben einige schwarze Flecken, den "dicksten Flecken" allerdings in Gorleben.

Jahrelang wurde allein der Salzstock Gorleben durch eine "Veränderungssperre" vor möglichen Eingriffen geschützt, die seine Eignung als künftiges Atommüllendlager gefährden könnten. Durch die Novelle des Standortauswahlgesetzes wurde diese Veränderungssperre jetzt generalisiert. Nunmehr sind alle Gebiete grundsätzlich "vor Veränderungen zu schützen", die die potenzielle Eignung zur Errichtung eines Endlagers besitzen, "natürlich" bleibt der Salzstock Gorleben dabei.

Tiefe Bohrungen sind in dem fraglichen Zeitraum im gesamten Bundesgebiet also erstmal nicht mehr zugelassen. Für jedes Vorhaben muss eine Ausnahmegenehmigung beantragt, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) gefragt werden. Proteste gibt es bereits von Seiten des Bundesverbandes Geothermie.

Die BI verweist in diesem Zusammenhang auf eine Stellungnahme der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). In diesem Bericht für die Endlagerkommission hatte die BGR eingeräumt, dass nur ein Bruchteil des Bundesgebiets tiefengeologisch erschlossen sei. Der Bericht listet die Verteilung der Bohrungen sowie die seismischen Untersuchungen auf 33.

Auffällig ist dabei, dass das Fazit, in dem behauptet wird, dass es einen guten Kenntnisstand gebe, im krassen Gegensatz zu den konkreten, gebietsbezogenen Ausführungen steht. Selbst für Niedersachsen, das wegen seiner Gas- und Salzvorkommen besser als andere Bundesländer tiefengeologisch erschlossen wurde, heißt es wörtlich: "So erreichen in Niedersachsen nur knapp 10 Prozent von insgesamt mehr als 330000 Bohrungen Tiefen von mehr als 100 Meter und lediglich 3 Prozent Tiefen von mehr als 800 Meter." Aus Sicht der BI fehlen damit die Voraussetzungen für die Endlagersuche. Der enge Fokus auf bekannte mögliche Standortregionen müsse endlich überwunden werden. Im Kern geht es um die Notwendigkeit, den Untergrund viel besser zu erforschen, denn es gibt in dem Sinne tatsächlich eine "weiße Landkarte" Deutschlands, weil man eben nicht viel weiß. Allerdings gibt es ein großes Wissen um die Unzulänglichkeit in Gorleben. (we)

Es gibt tatsächlich eine "weiße Landkarte"
Deutschlands. Aber in dem Sinn, dass man von der Geologie nicht viel weiß

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke

### Wandel im Wendland Mitfahrbänke

Suffizienz

Das vorhandene öffentliche Bussystem hat gezeigt, dass Kosten und Nutzen in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen und für einen benutzerfreundlichen Nahverkehr im ländlichen Raum in dieser Form ungeeignet ist

Wie aber können wir unsere Mobilität anders und als Solidargemeinschaft organisieren? So genannte "Mitfahrbänke" könnten da eine Alternative sein.

Man kann sich das Ganze als organisiertes Trampen vorstellen, verbunden mit der Bereitschaft der Autofahrer, Mitbürger/innen, die kein Auto zur Verfügung haben mitzunehmen. Dazu werden "Mitfahrbänke" in den Ortschaften aufgestellt und auch Bushaltestellen mitgenutzt. Wer auf einer dieser farblich gestalteten Bänke oder an den Haltestellen sitzt, zeigt an, dass er mitgenommen werden möchte. Das gewünschte Ziel steht auf einem umklappbaren Ortsschild, das den Autofahrern das gewünschte Ziel anzeigt.

Es liegt an den PKW-Fahrern, ob dieses Konzept zu einer besseren Mobilität verhelfen kann. Damit die Mitfahrgelegenheit auch digital verabredet werden kann, soll eine App für das Smartphone erstellt werden.

Die Samtgemeinde Gartow und ihre Ortsgemeinden wollen die Idee aufgreifen und das Konzept als Projekt zum europäischen Förderprogramm "Leader" einreichen.

Um Sicherheit und Transparenz gewährleisten zu können, sollen sich beide Gruppen in der Samtgemeindeverwaltung registrieren lassen können und eine fortlaufende Nummer auf den Fahrerplaketten und Mitfahreransteckbuttons bekommen. Geplant ist ein Start der "Mitfahrbänke" im Januar. (ws)

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird seit August 2017 vom Staat betrieben. Vorher war es in der Hand der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die den großen Energiekonzernen gehörte. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- Das Fasslager zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. "Blähfässer" aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der "Transnuklearskandal" machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.
- Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

Das Bergwerk wurde größer aufgefahren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen "Neuanfangs" bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

### Kulturreihe Salz in der Linse

"SALZ in der Linse" ist das Motto der elften gemeinsamen Kultur- und Umweltveranstaltung des im Jahr 2005 gegründeten Forums für Kultur und Umwelt im Kreis Herzogtum Lauenburg. Nach bereits elf Veranstaltungen seit 2006 möchten die Organisatoren die Auseinandersetzung über Kultur und Umwelt in der Region fortsetzen. Am 29. September werden in diesem Rahmen auch zwei Protagonisten des wendländischen Widerstands sprechen: der Bergbauingenieur Egbert de Beyer und der Besitzer großer Flächen über dem Gorlebener Salzstock, Andreas Graf von Bernstorff. Das Programm der dreiwöchigen Kulturreihe kann beim Lauenburgischen Kunstverein heruntergeladen werden. 34 (gr)



### Kino I

### **Uranium Film Festival**

Das Internationale Uranium Film Festival ⇒<sup>5</sup> steht in diesem Jahr im Zeichen des radioaktiven Un-



falls von Goiânia, der genau vor dreißig Jahren im September 1987 geschah. Vom 11. bis zum 15. Oktober 2017 wird das Festival dazu in Berlin zwei brasilianische Filme sowie eine Fotoausstellung über den Goiânia-Unfall im Kino in der Kulturbrauerei Prenzlauer Berg zeigen.

Geplant ist unter anderem die deutsche Erstaufführung des Kurzspielfilms "Algo do que Fica" des Nachwuchsregisseur aus Goiânia, Benedito Ferreira. Der Spielfilm reflektiert sensibel über die radioaktive Katastrophe und ihre Folgen.

Das Filmfest wird in Berlin vom 11. bis 15. Oktober rund 20 Filme aus sieben Ländern im Kino in der Kulturbrauerei sowie im Zeiss Großplanterarium zeigen. (pm)

#### Kino II

### Al Gores neuer Film

Schon zehn Jahre sind vergangen, seit der ehemalige amerikanische Präsidentschaftskandidat und Vize-Präsident Al Gore mit seinem Film "Eine unbequeme Wahrheit" eine Dokumentation in die Kinos brachte, die breite Bevölkerungsschichten für das Thema Klimaveränderung und globale Erwärmung sensibilisierte. Für

seinen nicht weniger eindringlichen zweiten Teil "(Immer noch) eine unbequeme Wahrheit – Unsere Zeit Läuft"  $\supset$ 6 bereiste der Umweltschützer erneut die USA und die Welt, um festzuhalten und in Bildern zu zeigen, was sich seitdem in Sachen Energierevolution getan hat und was sich noch ändern muss. Der Film ist am 7. September in vielen deutschen Kinos angelaufen. (gr)

### **Demo in Hannover** 60 Jahre GAU in Majak

Am 29. September 1957 fand in Majak 37 in Russland der erste große und im Prinzip bis heute geheimgehaltene Atomunfall der Welt statt, ein Unfall der Stärke INES 6 bis 7. Tschernobyl wurde später mit INES 7 bewertet. In Majak explodierte ein Becken mit radioaktivem Müll. 200 bis 1000 Menschen starben. 437000 wurden verstrahlt. Es entstand eine 380 Kilometer lange Zone: das längste radioaktive Sperrgebiet der Erde, die Osturalspur, die immer noch radioaktiv verstrahlt ist. Heute gibt es dort noch ein radioaktives Sperrgebiet von 150 Quadratkilometern. 38 Der Feuerschein war damals hunderte Kilometer weit



zu sehen und wurde in sowjetischen Zeitungen als "Wetterleuchten" oder "Polarlicht" dargestellt. Erst 1976 wurde der Unfall durch den ausgebürgerten Biochemiker und Dissidenten Schores Medwedjew und dessen Zwillingsbruder Roy bekannt gemacht. Aus Anlass des 60. Jahrestags der Katastrophe von Majak findet am 30. September eine Demonstration in Hannover statt. Los geht es um 12 Uhr am Opernplatz. (ac)

Der Atomunfall von Majak in Russland ist der erste aroße Atomunfall der Geschichte und gilt als drittschwerstes Unglück nach Tschernobyl und Fukushima. Bis 1989 wurde er sehr erfolgreich verschwiegen

### **Anti-Atom-Preis** Jochen Stay geehrt

Die Preisträger für den diesjährigen Nuclear-Free Future Award stehen fest. 39 Neben Almoustapha Alcahen aus dem Niger (engagiert gegen Uranabbau), Janine Allis Smith und Martin Grant Forwood aus Großbritannien (aktiv gegen die WAA Sellafield) und Hiromichi Umebayashi aus Japan (Kampf gegen Atomwaffen) erhält auch der Deutsche Jochen Stay den Preis für sein langjähriges Engagement gegen Atomkraft und die Gründung der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. Stay war zudem viele Jahre im Vorstand der Bürgerinitiative Lüchow-Dan-

nenberg tätig. Die Preisverleihung findet am 15. September in Basel statt. Der Award ehrt seit 1998 weltweit Menschen, die sich für eine Zukunft frei von Atomkraft und Atomwaffen einsetzen. Die jährlich an anderen Orten stattfindenden Preisverleihungen zeigen die Größe und Vielfalt der globalen Anti-Atom-Bewegung. Damit ist der Nuclear-Free Future Award laut der "tageszeitung" der wichtigste Anti-Atom-Preis der Welt. Die Stiftung ist einzigartig auf der Welt und ein wichtiger Anlauf- und Vernetzungspunkt für viele Aktivisten, Wissenschaftler, Journalisten, Rechtsanwälte und Ärzte auf der ganzen Welt. (ac)

In drei Phasen werden die Suchräume zunehmend eingeengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das **Umweltministerium Bundestag Bundesrat. Jede Phase endet mit** einem Gesetz.

### Phase 1: Ermittlung der Regionen für die übertägige Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die "Fachkonferenz Teilgebiete" aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert.

Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung.

Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine "Regionalkonferenz" ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann.

Im "Rat der Regionen" kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die untertägige Erkundung Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

### Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig, wendet festgelegte Prüfkriterien an, führt Sicherheitsuntersuchungen durch.

Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



### Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter www.gorleben-rundschau.de/links

- www.phs-berlin.de
   www.westwendischer-kunstverein.de
- 3 www.bundestag.de/blob/335562/c545dd6288a2c1f09cdab96100350954/ kmat\_11\_bgr-data.pdf
- 34 www.l-kv.de/fileadmin/user\_upload/lkv/bilder/2017/ Salz/SALZ\_Programmheft\_web.pdf
- 5 www.uraniumfilmfestival.org
- ⇒6 https://youtu.be/eejL3vsQ3sk
- 7 www.bild-der-wissenschaft.de/bdw/bdwlive/heftarchiv/ index2.php/?object\_id=10092453
- 38 www.ag-friedensforschung.de/regionen/Russland/majak.html
- ⇒9 www.nuclear-free-future.com



### Die Ökokiste

### Der ökologische Fußabdruck der Deutschen ist viel größer als er sich anfühlt

Analyse Wir halten uns für das umweltbewussteste Volk überhaupt. Und liegen damit grandios falsch. Auch wir scheren uns um den Planeten einen Dreck. Detlef Esslinger von der Süddeutschen Zeitung über den seltsamen Grünstich der Deutschen.

Zu den vielen Disziplinen, in denen wir Deutsche Weltmeister sind, gehört die Fähigkeit, sich ein fantastisches Umweltbewusstsein einzubilden. Sind wir nicht das Volk, das als einziges eine Energiewende beschlossen hat? Wer sonst noch hat eine Klimakanzlerin? Ist das Wort "Mülltrennung" nicht eine Schöpfung, die geradezu unseren Nationalcharakter beschreibt? Wir brauchen doch nur in den Pfingstferien ans Mittelmeer zu fliegen. Wir stellen fest: Die anderen Länder wollen gar nicht mithalten mit uns. Mineralwasser haben sie nur in Plastikflaschen, niemals in Glas. Für die leeren Flaschen haben sie auch keinen grünen Punkt, immer noch

nicht. Dafür liegen die im Straßengraben und im Pinienwald. So eine schöne Landschaft haben sie. Aber auf Umweltschutz legen sie keinen Wert.

Wir sind das einzige Volk auf der Welt, das keine Grünen mehr nötig hat. "Die Deutschen leben heute so, wie die Grünen das immer wollten", stand neulich in der Süddeutschen Zeitung – um zu erklären, warum diese Partei derzeit in der Krise ist. Mission accomplished lautet demnach das Problem, sozusagen.

"Deutschland ist der fortschrittliche, moralische, weise Staat auf diesem Planeten", sagt Richard Gere, der Schauspieler und gütigste Mann auf demselben. Er könnte nicht falscher liegen. Die Wahrheit ist: Auch wir Deutsche scheren uns um den Planeten einen Dreck. Wir meinen, es reicht, Bio-Auberginen zu kaufen und das Plastik drumrum zum Wertstoffhof zu apportieren. Wir meinen, zumindest solange jemand Ökostrom hat, darf er den Fernseher ruhig die ganze Nacht auf Standby lassen. Wir halten uns für Naturfreunde, wenn unsere Gartentische aus einem Tropenholz sind, das aus angeblich nachhaltiger Forstwirtschaft stammt. "Trump beim Klima isoliert", schrieb eine Zeitung nach dem G-7-Gipfel; dort hatte er schon angedeutet, das Pariser Klimaabkommen kündigen zu wollen. Falls es mit



der Rettung der Welt nichts werden sollte: Auch bei der Klärung der Schuldfrage macht uns keiner was vor.

### Auch die so moralischen Deutschen sind beim Plündern der Natur gut dabei

Die Unfähigkeit des Frevlers im Weißen Haus, sich zu verstellen, mag unter diesem Aspekt äußerst praktisch sein. Aber ist dieser Mann wirklich der Einzige, dem das Gefühl für die Knappheit der Ressourcen fehlt - sowie die Einsicht, dass manche Bodenschätze besser im Boden bleiben sollten? Vor zwei Jahren schrieb Papst Franziskus die Enzyklika ",Laudato Si' -Über die Sorge für das gemeinsame Haus". Er befasste sich darin nicht mit Amerikanern oder Deutschen, sondern mit der Menschheit an sich, vor allem der in den reicheren Ländern. Wir seien "in dem Gedanken aufgewachsen", die Eigentümer der Erde zu sein, "berechtigt, sie auszuplündern". Wir seien unfähig, unseren "unmittelbaren Interessen eine Grenze zu setzen". Franziskus spielte darauf an, dass inzwischen jedes Jahr Anfang August der Tag erreicht ist, bis zu dem jene Ressourcen verbraucht sind, welche die Erde innerhalb eines Jahres reproduzieren kann. (Vor dreißig Jahren lag dieser Earth Overshoot Day noch kurz vor Weihnachten, vor zehn Jahren war es schon der 26. Oktober.) Trump will so weitermachen, dass es 4,8 Erden bräuchte, wollten alle Länder konsumieren wie sein Amerika. Aber auch die fortschrittlichen, moralischen, weisen Deutschen sind beim Freveln und Plündern hervorragend dabei. 3,1 Erden lautet das Rechenergebnis der Wissenschaftler für uns.

Ist dies irgendwo ein Thema? In rund drei Wochen ist Bundestagswahl. Die Sehnsucht der Leute ist doch immer, dass in Wahlkämpfen die großen, drängenden Fragen besprochen werden.

Vor 38 Jahren feierten die Großeltern ihren 40. Hochzeitstag. Hotel Welter in Neuerburg in der Eifel; manche Dinge merkt man sich seltsamerweise ein Leben lang. Als Vorspeise hatten sie Krabbencocktail ausgesucht. Krabbencocktail! Eine Sensation, damals. Heute braucht ein Möbelhausrestaurant, das keine Garnelenspieße führt, gar nicht erst aufzumachen. Vor 38 Jahren fuhr die Familie mit dem Auto in den Urlaub nach Südtirol; es war die einzige nennenswerte Reise des Jahres. Heute fliegt der Neffe über den 24. Geburtstag nach Barcelona (und der Onkel neulich zum Champions-League-Spiel nach Madrid, für eine Nacht); selbstverständlich nicht statt eines Urlaubs, sondern zusätzlich zum Dritturlaub. Vor 38 Jahren gab es Heidelbeeren entweder im August oder im Einmachglas. Heute heißt Umweltbewusstsein, dass keiner fragt, warum sie Ende Mai bereits da sind und wie viel Kohlendioxid

freigesetzt worden ist, damit sie in Spanien produziert und hierher geschafft werden konnten – es ist ja die "Öko-Kiste", die sie liefert! Zwei große, drängende Fragen: Wie geht das weiter? Und wie lange geht das überhaupt noch so? Jeder Deutsche setzt im Schnitt pro Jahr 11,8 Tonnen Kohlendioxid frei. Zwei Tonnen wären aber das Limit.

Es gibt Gründe, warum die Leute heutzutage nichts weniger beschäftigt als solche Fragen. Es ist ja nicht wie in den Sechzigern, als die Fische bäuchlings im Rhein trieben. Es ist auch nicht wie in den Achtzigern, als die Buchenblätter schon im Juni braun wurden. So etwas ängstigte das Volk von Tieck und Eichendorff, dagegen musste schnell etwas unternommen werden.

### Die Biomasse an Bienen und anderen Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 Prozent gesunken

Heute jedoch riecht und sieht man nichts, und dieses Phänomen namens "Erderwärmung" hört sich sogar noch irgendwie kuschelig an; jedenfalls nicht wirklich schlimm. Solange die Almen blühen und die Isar rauscht, gilt den Deutschen die Welt als heil.

Zudem wird alles immer sauberer. "Wenn man in den 1950erund 1960er-Jahren im Sommer mit dem Auto unterwegs war, dann war eines genauso wichtig wie Tanken: die Windschutzscheibe zu putzen." Das schreibt Peter Berthold, der heute 78-jährige ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Ornithologie, in "Unsere Vögel", seinem neuen Buch. "Oft war die Scheibe zugekleistert durch Unmengen aufgeprallter Insekten. Heutzutage wird man in unseren Gefilden so gut wie gar nicht mehr durch aufprallende Insekten beeinträchtigt. Auch die Scheiben putzenden Tankwarte sind verschwunden." Der SUV bleibt sauber, anders als früher der Opel Rekord; der Grund dafür ist aber nicht der SUV, sondern dass die Biomasse an Fliegen, Faltern, Bienen, Wespen, Käfern, Heuschrecken, Zikaden und Wanzen seit 1989 hierzulande um bis zu 80 Prozent abgenommen



Industrielle Landwirtschaft und Überfischung der Meere (oben und rechts) sind nur zwei unserer vielen versteckten Umweltsünden

hat, der freigeräumten und freigespritzten Felder wegen. Das sehen die Deutschen aber nicht, sie sehen nur ihr schön sauberes Land, und sie wollen auch nicht wirklich hören, dass diese Sauberkeit im Grunde bedrohlich ist – genauso bedrohlich wie der Dreck und die Verwüstung, die sie im Kongo anrichten lassen, um dort an die Rohstoffe fürs nächste Smartphone heranzukommen.

Man weiß gar nicht, wo man anfangen und wo man aufhören soll. Es dürfte eigentlich längst jeder wissen, dass die Rinder in deutschen Ställen mit Soja gefüttert werden, welches in Brasilien auf Plantagen gedeiht, für die der Regenwald dran glauben muss (welcher aber dringend gebraucht würde, um zum Beispiel das Kohlendioxid zu speichern, das beim Transport all der Ökokisten-Heidelbeeren freigesetzt wurde). Es wagt inzwischen kein Grüner

Detlev Esslinger studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft in Köln und Trier. Seit 1991 ist er Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Er arbeitet auch als Dozent an Journalistenschulen in Deutschland und der Schweiz.

mehr, den Deutschen einen Veggie Day pro Woche nahezulegen – obwohl so etwas, hochgerechnet aufs Land, bis zu neun Millionen Tonnen Treibhausgase im Jahr vermeiden würde. Ein guter Anfang, eigentlich, um die Erderwärmung, die in Wahrheit eine Erderhitzung ist, doch noch zu stoppen.

>>> Von Kretschmann würden sich die Leute vielleicht etwas sagen lassen, aber er sagt ja nichts

Den Satz des Jahres in dem Zusammenhang hat gerade Peer Steinbrück gesprochen, in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: "Die grüne Volkspädagogik hat sich einfach überholt." Nichts sei so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist, lautet ein alter Spruch, und falls er wahr ist, gilt er aber auch umgekehrt: Nichts ist so machtlos wie eine Idee, deren Zeit gerade nicht ist. Politiker sind in der Regel auch nur Geschäftsleute, die diejenigen Waren ins Fenster legen, bei denen sie Nachfrage vermuten. Am Morgen nach der NRW-Wahl stellte sich Angela Merkel in Berlin vor die Presse und nannte die Ware fürs Wahlprogramm von CDU und CSU: Arbeitsplätze, Bildung, Forschung, solider Haushalt sowie Integration der Flüchtlinge zählte sie auf. "Und last but not least: Europa."

Der Naturschutz war weder last noch least.

Es gibt weitere Gründe, warum der Umweltschutz so out ist. Menschen lassen sich motivieren von Rednern, die sie mitreißen. Es gibt brauchbare, zum Teil sehr gute Redner unter deutschen Politikern. Gabriel, Gysi, Lindner, auch Schulz. Es sind aber alles keine Politiker, die wegen des Schutzes der Erde in den Beruf gegangen wären. Von Kretschmann würden sich die Leute vielleicht etwas sagen lassen, aber der will ja um alles in der Welt den Eindruck vermeiden, Volkspädagoge zu sein.

Auch so eine unbeantwortete Frage: Wie bringt man es dem Volk bei, ohne gleich von den Steinbrücks eins auf die Mütze zu kriegen? Ja wie will man eigentlich in den nächsten Jahrzehnten den Menschen einen sehr konkreten Klimaschutz zumuten, wenn vorher keine Debatte das Terrain bereitet hat?

Die Menschen haben sich nämlich so wunderbar eingerichtet in ihren Routinen. Nach wie vor geben nur die wenigsten ihr Geld für biologisch oder gar ökologisch (also saisonal und regional) erzeugte Lebensmittel aus. Nach wie vor stören sie sich nicht groß daran, dass der Handel fast nur Gartentische aus Plastik oder aus Tropenholz führt (aus Eiche jedenfalls keine). Nach wie vor nehmen sie das Auto, auch wenn die Strecke nur ein paar Kilometer ist. Neulich schrieb ein Autofahrer aus dem Ruhrgebiet bei Facebook, kurz vor der Landtagswahl, dass er vor noch nicht einmal 15 Minuten losgefahren sei; schon stecke er im Stau. Auf die Idee, in dem Ballungsraum die Bahn zu nehmen, war er nicht gekommen; auf die Idee, Rot-Grün verantwortlich zu machen, hingegen sofort.

### Beim Auto verstehen die Deutschen so viel Spaß wie die Amerikaner bei Waffen

Das Verrückte ist: Oft handeln die Menschen sogar rational bei alldem.

In der Ökonomie, aber auch in anderen Wissenschaften, gibt es den Begriff der Rationalitätenfalle. Warum kauft sich jemand einen SUV, obwohl er womöglich ahnt, dass ein solcher Wagen sein persönlicher Beitrag zur Klimakatastrophe ist? Warum muss es selbst bei denen immer das neueste Smartphone sein, die wissen, dass Regenwälder im Kongo verwüstet werden, um an das für Smartphones unabdingbare Erz namens Coltan heranzukommen? Ein einzelner Konsument, der verzichtet, verzichtet zu 100 Prozent auf eine Annehmlichkeit - sein persönlicher Beitrag zur Rettung von Klima und Kongo aber bleibt so gering, dass er kaum messbar ist. Also verzichtet er nicht; die Rationalitätenfalle eben. Ein Verzicht, der Wirkung haben soll, muss organisiert werden, es muss Anreize, Gebote und Verbote geben – und das können nur Staaten. Papst Franziskus schreibt: "Eine Änderung der Lebensstile könnte dazu führen, einen heilsamen Druck auf diejenigen auszuüben, die politische Macht besitzen."

Wie rührend. Ein Papst muss wohl so formulieren. Ein Papst muss ja nicht nur an Gott, sondern auch an die Menschen glauben. Ein Papst kommt aber auch anders ins Amt als eine Kanzlerin. Ein Papst wird von ein paar Dutzend Kardinalskollegen gewählt, er muss nicht in einem Wahlkampf um das Vertrauen von Abermillionen werben, und was er hinterher tut und lässt, mag zwar seine Popularität bestimmen, aber nicht seinen Verbleib im Amt.

Jeder Politiker, der wiedergewählt werden will, horcht hingegen permanent ins Volk; und wenn's um Vorschriften beim Auto geht, verstehen Deutsche in etwa so viel Spaß wie Amerikaner beim Waffenrecht.

Würde der Zeitgeist verlangen, den Kohlendioxid-Verbrauch jedes Bürgers auf zwei Tonnen im Jahr herunterzuregieren - der Politiker, der das übernähme, fände sich sofort. Der Zeitgeist hat ja auch mit Erfolg verlangt, Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen und Schwulen und Lesben die Ehe möglich zu machen. Wird in Deutschland je eine Wahl mit Klimaschutz zu gewinnen sein; also richtigem Klimaschutz? Ob da nicht immer zwei, drei Themen sind, Arbeitsplätze, Steuerreform, Europa natürlich, die scheinbar eiliger sind?

Angela Merkel hat kürzlich schriftlich bekommen, wie viel Resonanz sich womit erzielen lässt. Sie sprach in Berlin bei der Konferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Immerhin.

Eine einzige Nachrichtenagentur berichtete davon – und zwar über welchen Aspekt? "Merkel untermauert Zweifel an Verlässlichkeit der USA." Die großen und drängenden Fragen werden freundlicherweise so besprochen, dass sich niemand ernsthaft gestört fühlen muss.





### Schlechte Zeiten für die Klimaziele

Weltweite CO<sub>2</sub>-Belastung sinkt zu langsam. Atomkraft ist keine Alternative.



Analyse Es brach Jubel aus, als sich 190 Staaten auf der Weltklimakonferenz vor zwei Jahren in Paris darauf verständigten, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius zu begrenzen, womöglich gar auf 1,5 Grad. Dazu sollen die globalen Netto-Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf null reduziert werden. Die Aufkündigung dieses Abkommens durch US-Präsident Trump verdeckt, dass die Zeichen für eine Wende der Klimapolitik insgesamt schlecht stehen. Einige Länder setzen zudem auf Atomkraft als "saubere Energie". Wolfgang Ehmke hat die Fakten zusammengestellt.

Die Weltklimakonferenz 2017 findet in Deutschland unter der Präsidentschaft der Fidschi-Inseln statt 31. Diplomaten, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft aus aller Welt werden sich vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn treffen. Die internationale Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN), also die so genannte Vertragsstaatenkonferenz (englisch: Conference of the Parties, COP), versammelt sich zum 23. Mal daher die Abkürzung COP 23. Zusätzlich treffen sich noch fünf weitere Gremien unter der Rahmenkonvention. Erwartet werden bis zu 20000 Teilnehmer. Doch was ist von der Konferenz zu erwarten? Und welche Rolle spielt die Atomkraftnutzung in diesem Zusammenhang?

#### >> Kohle versaut das Klima

Seit 1992 hat sich die installierte Leistung aller laufenden Kohle-kraftwerke weltweit mehr als verdoppelt, noch immer gehen jede Woche rund fünf neue Kohlekraftwerke ans Netz. Das ist eine Katastrophe.

Denn ein Kohlekraftwerk pustet oft 40 Jahre und länger CO<sub>2</sub> in die Luft. All die heute oder kürzlich neu gebauten Kohlemeiler können die Atmosphäre noch in den 2050er-Jahren belasten. Dann, wenn sich die Emissionen zur Einhaltung des in Paris vereinbarten Zwei-Grad-Ziels eigentlich schon der Nulllinie annähern sollten. Dabei ist längst völlig klar, dass das

Zeitalter der Kohle dem Ende zugeht. Aber wird es schnell genug gehen?

Die drei größten Kohleverbraucher der Erde haben in diesem Jahr ihre Förderung des fossilen Brennstoffs hochgeschraubt. Und das, nachdem der Klimakiller 1 in den vergangenen Jahren eigentlich schon auf Talfahrt war. China, Indien und die USA haben in den vergangenen Monaten wieder mehr Kohle gefördert. Sollte der Trend anhalten, könnte das den Klimazielen von Paris zusetzen.

Gemeinsam sind die USA, China und Indien für fast die Hälfte des weltweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich. Anders als US-Präsident Donald Trump, wollen Indien und China zwar am Pariser Abkommen von 2015 festhalten. Aber die jüngsten Zahlen dämpfen die Hoffnungen, dass China und Indien nun einer Vorreiterrolle gerecht werden könnten. In den USA wurde ein Anstieg vor allem in Staaten wie Wyoming, Pennsylvania und West Virginia verzeichnet. Experten sehen aber weniger Trumps kohlefreundliche Politik dahinter als wirtschaftliche Logik: Der Preis für Erdgas ist Anfang 2017 nach oben geschnellt, was der Kohle Aufschwung verliehen hat. Unternehmen, die schon stark in alternative Energien investiert hätten, werden sich wohl auch kaum vom Kurs abbringen lassen. In Indien kommen derzeit 70 Prozent des Stroms aus Kohlekraftwerken. Entgegen dem globalen

### >> Atomlobby macht Druck

Doch Indien setzt auch auf die Atomkraft. Sie gilt als Ausdruck von "Entwicklung" und soll die grassierende Energiearmut beseitigen helfen. Bisher sind 23 Reaktoren in Betrieb. Premierminister Manmohan Singh möchte die AKW-Kapazitäten von 4,78 Gigawatt 2009 auf 470 Gigawatt im Jahr 2050 verhundertfachen. Dafür sollen mehrere Mega-AKW-Parks entstehen.

Atomkraft gilt nicht nur in Indien als "green energy". China hat genauso zugesichert, seine Treibhausgase bis 2030 zu kappen. Und von einigen Beobachtern wurde der Durchbruch sogar schon früher erwartet, hatte sich die Volksrepublik doch bereits zum Pionier für "grüne" Energien entwickelt, dazu zählt im Reich der Mitte auch die Atomkraft. 36 Reaktoren sind es schon, bislang sollte die Leistung in den kommenden fünf Jahren auf 58 Gigawatt steigen, nun sind 88 Gigawatt im Gespräch. Bis 2030 sollen sogar 110 Reaktoren am Netz sein. Übrigens: Auch beim Bau des umstrittenen Atomkraftwerks Hinkley Point in Großbritannien tritt China als Teilhaber des Baukonsortiums als finanzieller Retter auf.

Frankreich will bis 2022 keinen Strom mehr aus Kohlekraftwerken beziehen. Das hat der Staatsminister für Umwelt, Klimawandel und Energiewende, Nicolas Hulot, als Teil des Klima-Aktionsplans der Regierung für die kommenden fünf Jahre bekannt gegeben.

Hulot betont, dass die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens auf nationaler wie internationaler Ebene eine Priorität der Regierung sei. Die Ankündigung, dass bis zum Ende der Amtszeit von Macron kein Strom mehr aus Kohlekraftwerken kommen soll, gilt als spektakulär, doch macht die Kohle nur noch etwa fünf Prozent des Energieverbrauchs in Frankreich aus.

Diese "spektakuläre" Ankündigung vernebelt, dass in unserem Nachbarland 55 Reaktoren am Netz sind. Ein EPR-Reaktor ist seit dem 3. Dezember 2007 am Standort Flamanville (wo seit Mitte der 1980er Jahre zwei Druckwasserreaktoren arbeiten) in Bau. Die geplanten Baukosten werden massiv überschritten: statt 3,3 Milliarden Euro sollen es etwa 10,5 Milliarden Euro werden. Die Laufzeit der Reaktoren soll von 40 auf 60 Jahre verlängert werden. Allein das zeigt, wie wichtig es ist, wäh-

Unterdrückung der atlantischen und antarktischen Tiefenwasserbildung, Störungen des indischen und westafrikanischen Monsuns und das Austrocknen des amazonischen Regenwalds. Als Steuerungsinstrument schlägt der Verein CO<sub>2</sub>-Abgabe e.V. eine Kombination aus strengeren Emissions-Grenzwerten und einer CO<sub>2</sub>-Abgabe vor, weil die bisherigen Lenkungswirkung von Emissionshandel und Energiepreisen nicht funktioniert hat.

Wir müssen innerhalb der nächsten Jahrzehnte vor allem unsere Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Je weniger wir an Energie benötigen und je effizienter wir damit umgehen, desto eher wird uns das gelingen. Dazu müssen die gegenwärtigen Lebensstile in den wohlhabenden Ländern der Welt hinterfragt und geändert werden. Schon in unserem persönlichen Umfeld können wir damit sofort



Braunkohleabbau im nordrheinwestfälischen Garzweiler rend der Weltklimakonferenz in Bonn im November laut und deutlich zu sagen, dass Atomkraft keine Alternative ist.

### >> Gegenstrategien

Die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre ist 2015 erstmals auf über 400 ppm gestiegen. Ab einer CO<sub>2</sub>-Konzentration von 450 ppm werden in vielen Regionen plötzliche und drastische Klimaänderungen (Kipppunkte oder Kippelemente) mit unabsehbaren Folgen für die Entwicklung der Menschheit erwartet. Zu den vorhergesagten Folgen gehören das Schmelzen des arktischen, grönländischen und westantarktischen Eises, die Methanfreisetzung durch tauende Permafrostgebiete und Kontinentalschelfe, das Abtauen des tibetischen Hochlands, die

anfangen: Autos kann man teilen, Nahrung zu Fuß im Quartiersladen nebenan statt im Discounter mit dem Auto einkaufen, kurze Strecken ohnehin mit dem Fahrrad bewältigen, nur um die Richtung anzuzeigen, wie man persönlich zu einem klimaverträglichen Handeln beitragen kann. Vor allem aber müssen die bisher verdrängten "externalisierten" Kosten unseres Wohlstandes sichtbar gemacht werden und in unsere politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen einfließen. Doch eine Renaissance der Atomkraftnutzung kann keine Alternative sein. Mit der Kampagne "Don't nuke the climate" will unter anderen die BI Lüchow-Dannenberg auf der Weltklimakonferenz in Bonn dafür kämpfen, dass die Atomkraft als "Alternative" zu den CO<sub>2</sub>-Emittenten geächtet wird.



#### >> Don't Nuke the Climate

"Alle CO<sub>2</sub>-armen Technologien inklusive der Atomkraft werden benötigt, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Dieses Papier fasst die mögliche Rolle der Atomkraft für die nachhaltige Entwicklung und Entschärfung des Klimawandels zusammen. Die benötigte nukleare Kapazität, um das 2-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, würde mehr als das Doppelte der heute installierten Leistung bedeuten"  $\bigcirc$ 3

Mit der Etikettierung als CO<sub>2</sub>-arme Technologie versucht die internationale Atomlobby derzeit, die Diskussion um den Klimawandel zu nutzen und die Kernkraft als Heilsbringer zu etablieren. Die Industrie ist bemüht, Atomkraft in den internationalen Verhandlungen als festen Teil einer Lösung zu verankern und damit auch Zugriff auf internationale Gelder wie den Green-Climate-Fund zu bekommen.

Dabei verlässt sie sich nicht allein auf die Teilnahme von Atom-Lobbyisten an Klimakonferenzen und der Präsentation ihrer vorgeblich sauberen Technik auf den dortigen Informationsständen: Webseiten angeblicher Graswurzelinitiativen  $\bigcirc^4$  preisen die Kernkraft als "bewiesenermaßen  $CO_2$ -arme

Option", die "sofort einsatzbereit" wäre. Unter dem Menüpunkt "Über uns" sind auf diesen Webseiten allerdings regelmäßig viele Manager der einschlägigen Atomkonzerne aufgeführt: AREVA, EDF oder die französische Agentur für das Management von Atommüll. "Es ist unbedingt richtig, dass die Welt sofort Schritte einleiten muss, um Emissionen runterzufahren", sagt auch Günter Hermeyer, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). "Die Atomenergie ist dabei aber am wenigsten vonnöten, sowieso nicht ,sofort einsatzbereit' und ökonomischer Irrsinn." Dies umso mehr, so Hermeyer, als für Subventionen, Katastrophenmanagement und Entsorgung immer wieder der Steuerzahler zur Kasse gebeten werde.

Hermeyer ist Mitinitiator einer neuen Initiative, die die BI mit einer Reihe internationaler Partner kürzlich an den Start gebracht hat: ",Don't Nuke the Climate'  $\supset$ 5 ist unsere internationale Kampagne zur ,Conference of the Parties' im November in Bonn (COP23). Mit Großdemonstration, einem eigenen Gipfel namens ,Peoples' Climate Summit', vielen Veranstaltungen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit werden die Tage in Bonn äußerst spannend."

Die COP-Präsidentschaft haben

Neubau des Reaktors C des britischen AKW Hinkley Point

dieses Jahr, wie erwähnt, die Fidschi-Inseln inne. In den 1960ern durch französische Atombombentests verstrahlt und heute massiv durch steigende Meeresspiegel bedroht, arbeitet der Inselstaat nach dem "Talanoa"-Prinzip. Der Begriff stammt von den pazifischen Inseln und beschreibt das Erreichen von Konsens durch das Erzählen von Geschichten, die Weitergabe von Ideen und das Gespräch zwischen Menschen. Die Internationale Atomenergie Agentur (IAEA) empfiehlt den Pazifischen Inseln derweil den Einstieg in die Nukleartechnik. 36 "Das wird sicher eine spannende Debatte, und wir mischen uns massiv ein", kündigt Hermeyer an.



#### Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

www.gorleben-rundschau.de/links

- **⇒¹** www.cop23.de
- https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/der-globaleco2-anstieg-die-fakten-und-die-bauernfaengertricks
- https://www.iaea.org/sites/default/files/16/11/np-paris agreement.pdf
- \*\*www.nuclearforclimate.org
- 5 www.dont-nuke-the-climate.org
- \*\*www.iaea.org/newscenter/news/nuclear-technology-to-help-pacific-islands-iaea-director-general
- http://gpurl.de/7rGHS
- http://gpurl.de/wo8d2

#### COP23

#### So wird's in Bonn

Vom 6. bis 17. November findet in Bonn die 23. Weltklimakonferenz, die COP 23, statt. 

<sup>1</sup> Delegierte aus 197 Nationen

werden unter der Präsidentschaft der Republik Fidschi über die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens verhandeln. Da kein Staat zur Konferenz eingeladen hatte, wurde Bonn als Sitz des UN-Klimasekretariats automatisch zum Veranstaltungsort. Die COP 23 folgt dem Prinzip "Eine Konferenz-Zwei Zonen". In der "Bula-Zone", die sich über das World Conference Center Bonn (WCCB), den UN-Campus und temporäre Bauten auf dem Gelände der Deutschen Welle erstre-



cken wird, werden die Verhandlungen der Delegierten stattfinden. Bula ist das Fidschi-Wort für "Hallo". Die "Bonn-Zo-

ne" auf der Blumenwiese in der Rheinaue wird der zentrale Konferenzort für Delegierte, zivilgesellschaftliche Organisationen, sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft sein, um sich zu Lösungsansätzen und Projek-

tideen zur praktischen Umsetzung des Pariser Abkommens auszutauschen. In begrenztem Maß wird es auch Zugang für interessierte Bürgerinnen und Bürger oder Schülergruppen geben. Um den Austausch zwischen beiden Zonen zu optimieren werden ein regelmäßiger Shuttleservice und kostenlose Fahrräder für die Konferenzteilnehmer zur Verfügung gestellt. Mit der Informationskampagne "Natürlich Bonn" sollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bonn auf

das Großereignis eingestimmt werden: "Klimaschutz und Bonn ist wie Himmel und Äd" heißt es auf einem der Plakate.

#### Studie I

### **Deutsche Subventionen behindern Klimaschutz**

Mit 46 Milliarden Euro begünstigt die Bundesregierung jährlich den Abbau und das klimaschädliche 2 Verbrennen von Kohle, Öl und Gas in Deutschland. Diese Politik verteuert die Energiewende und wälzt einen großen Teil der Folgekosten fossiler Energien auf die Gesellschaft ab. Das ist das Ergebnis einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace. 7 "Jeder für die dreckigen Energien verschleuderte Euro ist eine Investition in die weitere Klimazerstörung", sagt Energieexperte Tobias Austrup. "Noch immer steht bei fossilen Subventionen nicht die Schwarze Null, sondern ein tiefrotes Minus im Bundeshalthalt."

Deutschland hat sich bereits 2009 gemeinsam mit den anderen Regierungen dazu verpflichtet, fossile Subventionen zu beenden, jedoch ohne ein Datum für den Ausstieg festzulegen. "Spätestens 2020 muss endlich Schluss damit sein, die Klimakatastrophe mit Milliardensubventionen zu befeuern", fordert Austrup. "Es braucht einen klaren Plan zum Ausstieg

aus der Kohle in Deutschland damit die Bundesregierung außenpolitisch glaubwürdig bleibt." In Italien und England sind Pläne zum Kohleausstieg bereits beschlossen worden.

Hauptnutznießer der fossilen Subventionen ist mit 28,5 Milliarden Euro der Verkehr. Mit knapp acht Milliarden Euro ist der künstlich verbilligte Diesel die größte Einzelsubvention. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin schlägt mit 7,5 Milliarden zu Buche, die Entfernungspauschale mit gut fünf Milliarden, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge mit 4,4 Milliarden und das Dienstwagen-Privileg mit drei Milliarden. Seit einem Vierteljahrhundert hat der Verkehr keinerlei Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Im Jahr 2016 lag der Ausstoß an Treibhausgasen im Verkehr laut Umweltbundesamt sogar ein Prozent über dem Wert von 1990.

"Die Verkehrswende kann nicht vorankommen, wenn Verbrennungsmotoren mit Subventionen unterstützt werden." Der Anteil von Elektroautos bei Neuzulassungen in Deutschland lag laut Kraftfahrtbundesamt auch in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 bei gerade einmal 0,5 Prozent. Trotz der Kaufprämie der Bundesregierung sind die Zulassungszahlen kaum gestiegen.

### Studie II

### Windkraft und Solar bald billigste Stromguelle

Windräder und Solaranlagen werden spätestens bis zum Jahr 2030 in allen G20-Ländern die günstigste Form der Stromerzeugung sein. In rund der Hälfte der Staaten sind Erneuerbare Energien seit 2015 billiger oder gleich teuer wie Strom aus klimaschädlichen Kohlemeilern oder gefährlichen Atomkraftwerken. Dies ist das Ergebnis einer Studie der finnischen Lappeenranta University of Technology im Auftrag von Greenpeace. 38Sie vergleicht die Stromerzeugungskosten für Erneuerbare Energien mit denen konventionellen Energien in allen G20-Staaaten. "Klimaschutz wird in den G20 immer wirtschaftlicher", sagt Energieexperte Tobias Austrup. "Wer heute noch Geld in Kohlemeiler und Atomkraftwerke steckt, investiert in Technik, die morgen nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Die Studie kalkuliert die Stromerzeugungskosten in allen G20-Staaten für die Jahre 2015 und 2030. Demnach erzeugten Windparks schon 2015 in weiten Teilen Europas, Südamerika, den USA, China und Australien den günstigsten Strom. Im Jahr 2030 wird die Solarenergie so günstig sein, dass sie in vielen G20-Ländern die Windkraft noch unterbietet. Durch die raschen technischen Fortschritte und die dadurch sinkenden Preise wird dieser Punkt schon deutlich vor dem untersuchten Basisjahr 2030 erreicht.

Weltweit folgen die Investitionen der mit der Greenpeace-Studie untermauerten Kostenentwicklung: Im Jahr 2016 wurde nach UN-Angaben etwa doppelt so viel in Erneuerbare Anlagen investiert wie in konventionelle Kraftwerke. Etwa 55 Prozent der neuen Stromkapazitäten basierten im vergangenen Jahr auf Erneuerbaren Energien – ein Rekordwert. US-Präsident Donald Trump hingegen hat angekündigt, Kohlestrom und Atomenergie fördern zu wollen. "Trumps Energiepolitik ist ein schlechter Deal mit Ansage", so Austrup. "Die USA haben beste Voraussetzungen um Wind- und Solarenergie auszubauen. Bundesstaaten wie Kalifornien, Texas oder lowa werden sich dieses Chance nicht entgehen lassen."

### Internationale Kampagne

### **Don't Nuke the Climate**

Ein internationales Bündnis, angeführt von Organisationen aus neun Ländern, hat im August eine neue Kampagne gastartet: "Don't Nuke the Climate".  $\circlearrowleft^5$  Es will sicherstellen, dass Atomenergie und andere falsche Lösungen für das Klimaproblem die weltweiten Anstrengungen zur Eindämmung der globalen Klimaerwärmung nicht torpedieren.

Das Bündnis moblisiert zur globalen Klimakonferenz im November in Bonn. Insbesondere der Verbleib von 100 Milliarden Dollar pro Jahr für Investitionen steht auf dem Spiel: der Green Climate Fund (GCF). Atomfirmen versuchen Zugang zum GCF zu bekommen, um ihre unwirtschaftlichen Energieprojekte zu finanzieren, die ihre eigenen Regierungen oder der pri-

vate Sektor nicht bezahlen können oder wollen. Das Don't-Nuke-the-Climate-Bündnis mobilisiert mit einer einfachen Botschaft: Wir können und müssen die Ziele von Paris schaffen – echte, durchführbare Klimalösungen sind verfügbar, aber nicht wenn wir Zeit und Geld an falsche Lösungen wie die Atomkraft verschwenden. Peer de Rijk, Direktor von WISE: "Wir müssen dringend den Klimawandel bewältigen. Aber wir können das nur auf eine Art



Die BI Lüchow-Dannenberg fährt am 10. und 11. November mit einem Bus aus dem Wendland zur Demo bei der Weltklimakonferenz in Bonn. Infos auf der Website der BI

und Weise. Das heißt, dass wir sehr bewusst falsche Lösungen wie Atomkraft ausschließen müssen, sonst werden wir zeitlich zurückgeworfen und die Umweltkrise verstärken." "Es gibt weltweit keine akzeptable Lagerung für hochradioaktiven Müll. Die Konsequenz ist, sofort aus der Atomkraft auszusteigen", führt Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ins Feld.

Der GCF wurde während der globalen Klimaverhandlungen 2009 gegründet, um in Ländern im globalen Süden Maßnahmen zur Reduktion von Treibhasgasemissionen – so genannte "Minderungsmaßnahmen" – und Infrastruktur, um den Auswirkungen des Klimawandels zu widerstehen (so genannte "Anpassungsmaßnahmen"), zu finanzieren.

Makoma Lekalakala, Projektleiterin von Earthlife Africa: "Südafrika braucht dringend zuverlässige Klima-Aktionen. Also Geld für die Anpassung an den Klimawandel, aber ebenso saubere, sichere, erneuerbare Energien für alle. Die Entscheidung für Atomkraft würde nur die finanzielle Belastung Millionen südafrikanischer Staatsbürger/-innen erhöhen."

"Die Indische Regierung blockiert oftmals internationale Verhandlungen", sagt auch Kumar Sundaram von DiaNuke Indien, "indem sie die Bedürfnisse ihrer armen Bevölkerung betont. In Wirklichkeit geht es um nichts anderes als die Nachfrage der indischen Elite und Industrie, gleichermaßen unverantwortlich für den Klimawandel zu handeln. Innenpolitisch vergrößert die Strategie der Regierung die Lücke des Zugangs zu Energie und führt dazu, dass Atomkraft, Kohle und große Staudammprojekte zerbrechliche ökologische Zusammmenhänge und die verwundbarsten Gemeinschaften bedrohen. Bedauerlicherweise verstärkt die indische Klimapolitik den Mythos, Atomkraft sei sicher und sauber. Indien steht auf der falschen Seite der Geschichte der Nach-Fukushima-Ära, indem es die größten, teuersten, unsichersten Atomkraftwerke errichtet, unter Umgehung sämtlicher Sicherheits- und Umwelt-

standards und kräftige, aber gewaltfreie Nichtregierungsorganisationen brutal behandelt."

Die wirtschaftlichen Fehlschläge der Atomkraft verschärfen sich, zentrale Unternehmen wie Westinghouse und Areva gehen in Konkurs, Reaktoren werden stillgelegt und neue werden aufgrund ausufernder Kosten, chronischen Bauverzögerungen und alternder Infrastruktur aufgegeben. Ohne den Zugang zu riesigen Mengen öffentlicher Gelder wie dem GCF steht die Industrie unausweichlich vor dem Niedergang und kann nicht mit echten Klimalösungen wie Solarenergie, Windenergie, Energieeffizienz und -einsparung konkurrieren. Doch die Industrie hat ihre Lobbybemühungen seit Paris verstärkt und umfasst mittlerweile Verbände wie Foratom, die Internationale Atomenergie Organisation IAEA, die Hauptatomfirmen

inklusive Rosatom, Russlands staatseigenem Atomunternehmen, das auf Entwicklungsländer zum nuklearen Ausbau abzielt, sowie Berufsorganisationen und Gruppen wie die World Nuclear Society und Nuclear for Climate.

"Atomkraft stirbt ohne Subventionen" sagt Reinhard Uhrig, Kampagnenleiter bei Global 2000, dem österreichischen Zweig von Friends of the Earth International. "Sie promotet sich jetzt als grünen, kohlen-

stofffreien Strom (was sie nicht ist), um an öffentliche Gelder zu gelangen. Wir können die Atomlobby damit nicht davonkommen lassen!"

"Atomkraft ist zu teuer und hat viel zu lange Bauzeiten, um als echte Klimalösung zu dienen", sagt Vladimir Sliviak, Geschäftsführer von Ecodefense aus Russland. "Der effektive Ansatz ist die Entwicklung der Erneuerbaren Energie und der Energieeffizienz. Wir haben weder Geld noch Zeit, auf falsche Lösungen zu verwenden."

Das Bündnis fordert die Staaten in der UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) auf, Ausgaben des Green Climate Fund für Technologien zu verbieten, die die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen des Klimawandels verschlimmern, wie Atomkraft, so genannte "saubere" Kohle, Großwasserkraftwerke, Gas- und Ölfracking, Waldund Nahrungsbiomasse."

"Es ist beschämend, dass Deutschland es versäumt hat, die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelemente-Fabrik in Lingen in den Atomausstieg einzubeziehen. Beide Anlagen exportieren in marode Atomreaktoren in Belgien und Frankreich. Deutschland braucht einen kompletten Atomausstieg und muss zudem sofort mit dem Kohleausstieg beginnen", fordert auch Angelika Claußen von IPPNW.

"Atomkraft ist die fortlaufende Verletzung von Menschenrechten, und ihre Förderung würde die Problematik der Klimagerechtigkeit verschlimmern", so Tim Judson, Geschäftsführer von Nuclear Information and Resource Service, ansässig in den USA. "Sie erzeugt enorme Mengen Umweltverschmutzung, vergiftet Land, Luft und Wasser und vermindert kostbare Trinkwasservorräte. Urvölker und der globale Süden werden Ziel der Auswirkungen, vom Uranbergbau bis zur Lagerung von Atommüll. Der Green Climate Fund darf niemals benutzt werden, um solche Menschenrechtsverletzungen zu verstärken und Prinzipien der Klimagerechtigkeit zu unterlaufen."



### Neckar-Castor





GZO-Gipfel





### Mein schönstes Ferienerlebnis...

us Protest gegen den ersten Castortransport per Schiff auf dem Neckar haben sich Ende Juni vier Kletteraktivist/-innen von der Straßenbrücke in Bad Wimpfen abgeseilt. Dort spannten sie ein Transparent mit der Aufschrift: "Verhindern statt verschieben". Die "Lastdrager 40" hatte drei Behälter mit hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen aus dem stillgelegten AKW Obrigheim des Energiekonzerns EnBW geladen und war auf dem Weg ins Zwischenlager am AKW Neckarwestheim. Die Umweltschützer/-innen unterstützen mit ihrer Kletteraktion eine Demonstration des Bündnisses "Neckar castorfrei". EnBW plant, hochradioaktive Brennelemente in jetzt noch vier weiteren Schiffsladungen nach Neckarwestheim zu verfrachten. Es ist das erste

Mal, dass Behälter mit Atommüll per Schiff transportiert werden. Die Transporte auf dem Neckar müssen 23 Brücken sowie sechs Schleusen passieren und führen durch dicht bewohnte Gebiete wie die Stadt Heilbronn, die im Katastrophenfall nicht geschützt werden können.

ir werden unsere Ablehnung der kalten und grausamen Welt des globalen Kapitalismus deutlich machen, wie sie von den G20 repräsentiert und organisiert wird. Wir werden unsere Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen, die weltweit durch Proteste, Streiks oder Aufstände der Politik der G20 entgegentreten. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der gren-







### e-Ventschau





zenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein." Diesem Aufruf zur Demo Anfang Juli in Hamburg hatte sich auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) angeschlossen. Die Zusammenkunft der Mächtigen dieser Welt unter dem Dach des G20-Gipfels stehe auch für die Verteilungskämpfe im Energiebereich, so die BI, für den Uranabbau und das Festhalten an der Atomkraft, für Fracking und ein Versagen in der Klimapolitik. Zwar blieb die Demonstration bis auf kleinere Rangeleien einzelner Blocks mit der Polizei ruhig, kraftvoll und friedlich, dennoch musste sich ein BI-Vorstandsmitglied im Krankenhaus behandeln lassen, weil Polizeimaßnahmen in unmittelbarer Nähe des "Wendlandblocks" Kollateralschäden verursacht hatten.

nde Juli dann e-Ventschau, ein Hotspot sozialverträglicher Festivalkultur. Der Resthof ragt beschaulich über das kleine Dörfchen Ventschau, dem Namensgeber des Festivals. Die Veranstalter/-innen haben es inzwischen zu einer gewissen Perfektion gebracht, ein ausgefeiltes Musikprogramm mit namhaften Bands in einen Kontext mit anti-atom-politischem Engagement zu setzen. Die Erlöse des Festivals werden ausnahmslos an Projekte gespendet, die sich für die von den Folgen der Atomkatastrophen betroffenen Kinder von Tschernobyl und Fukushima einsetzen.

Das ehrenamtliche Team des Festivals, dessen Kern sich aus Engagierten der Castorgruppe Dahlenburg speist, schafft es in bewundernswerter Weise, dem eigenen Anspruch eines Festivals auf der einen und der Vermittlung politischen Engagements auf der anderen Seite gerecht zu werden.

Zahlreiche Ausstellungen, Diskussionsrunden, Filmvorführungen und Stände von Anti-Atom-Initiativen boten Raum für Erläuterungen, um das persönliche Engagement zu stärken. (gr)



### Für kein Geld der Welt

### Familie von Bernstorff ist seit 40 Jahren wichtige Stütze des wendländischen Widerstands

Interview Gartower Schloss: Weiße Mauern, Schmiedeeiserne Tore. Getrimmte Buchsbäume. Hier sollen zwei der schärfsten Gegner der Gorlebener Atomanlagen leben? Schlossküche: Kinderspielzeug auf dem Boden. Ein Laufgitter. Ikea-Katalog auf dem Tisch. Hier sollen Graf und Gräfin von Bernstorff wohnen? Beide Male: Ja! Ersteres seit vierzig Jahren, Letzteres als 13. Generation. Wo während unseres Interview-Termins das tägliche Chaos der Enkelkinder zu erahnen ist, haben noch vor wenigen Jahren Minister und Wirtschaftsbosse versucht, Andreas Graf von Bernstorff den Verkauf seiner Flächen über dem Salzstock Gorleben schmackhaft zu machen. Zig Millionen Mark haben sie ihm damals geboten. 1978 war das. Und 1998. Er hat beide Male abgelehnt und damit einem wirkungsvollen Protest breiter Gesellschaftsgruppen erst einen halbwegs sicheren Boden bereitet. Diesen wendländischen Widerstand jenseits der Schlossmauern hat seine Frau, Anna Gräfin von Bernstorff, nicht unerheblich mitgestaltet. Torsten Koopmann und Andreas Conradt haben nachgefragt.

>>> Es gibt diese geschichtsträchtigen Tage, bei denen man sich noch nach Jahren erinnert, wo und wie man sie erlebt hat: Tschernobyl, Fall der Mauer. Im Wendland zählt auch die Standortbenennung am 22. Februar 1977 dazu. Wie haben Sie davon erfahren?

Graf: Die Nachricht hat sich an diesem Tag natürlich wie ein Lauffeuer herumgesprochen, und mir war sofort klar, dass Bernstorff'sches Gelände dafür gebraucht würde. Ich habe damals sehr emotional reagiert und spontan geäußert: Das kommt ja überhaupt nicht in Frage, so eine riesige Industrieanlage hierher zu bauen! Mit Atomkraft hatte ich mich bis dahin überhaupt nicht beschäftigt. Es gab dann am Abend schon eine Bürgerversammlung im Deutschen Haus hier in Gartow, wo neben mir noch viele andere gegen die Pläne gesprochen haben.

Gräfin: Unser erstes Kind litt an einem Gen-Defekt und war vier Wochen vor der Standortbenennung gestorben. Ich war noch mitten im Prozess, diesen Verlust zu verarbeiten, und dann kam diese Nachricht! Ich habe die Pläne

schmerzhaft als persönliche Bedrohung erlebt. Ich wusste weder viel von Atomkraft, noch war ich sehr politisch. Aber schon am Tag der Standortbenennung war mir klar, dass man gegen diese Pläne etwas unternehmen muss, weil sie eine Dimension hatten, die man nicht verantworten kann.

>> War die Standortbenennung für Sie beide ein Moment der Politisierung?

Gräfin: Bei mir auf alle Fälle, auch wenn ich mich bei den autofreien Sonntagen schon ein bisschen gegen die Verschwendung unserer Ressourcen engagiert hatte.

>> Und Sie sind dann auch gleich 1977 in die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) eingetreten. Ein großer Schritt für die Gräfin von Bernstorff?

Gräfin: Ja, aber da war volle Überzeugung der Antrieb. Und es war notwendig, zum Schutz unserer Natur und der nachfolgenden Generationen für etwas zu kämpfen.

>>> Warum ist der CDU-Mann Graf Bernstorff nicht auch eingetreten? Graf: Trotz meiner Parteimitgliedschaft habe ich zusammen mit anderen sehr schnell die Unabhängige Wählergemeinschaft gegründet, weil wir gemerkt haben, dass hier vor Ort weder CDU noch SPD die Pläne ablehnten. Die UWG aber hatte, genau wie die BI, das Ziel, Gorleben zu verhindern. Für mich war andererseits die Gründung der UWG auf Kommunalebene kein Grund, aus der CDU auszutreten. Die Partei hat dann später ihrerseits ein Ausschlussverfahren gegen mich betrieben.

>> Man ahnt, dass es damals auch zu heftigen Konflikten unter Freunden und Parteikollegen kam ...

Gräfin: Das ging tatsächlich quer durch die Gemeinde. Ich erinnere mich, dass Leute, mit denen wir vorher in Sachen Tourismusentwicklung zusammengearbeitet hatten, plötzlich ganz starke Befürworter der Atompläne waren und eine weitere Zusammenarbeit rundweg ablehnten. Wir haben viel Gegenwind gespürt, sogar im weiteren Umfeld der adeligen Familien.

Graf: Viele haben unseren Wider-

stand als Affront gegen demokratische Strukturen gesehen. Sie betrachteten unser Verhalten als "nicht staatstragend" und haben über unsere Teilnahme an Demonstrationen und Baumfällungen quer über die Straße die Nase gerümpft. Das fanden viele unmöglich!

>>> Ein Jahr vor Albrechts Fingerzeig hätten Sie vermutlich ähnlich argumentiert, doch mit der Standortbenennung wurde alles anders. Woher kam der Sinneswandel im Gartower Schloss?

Graf: Der Grund war zunächst natürlich die eigene Betroffenheit, denn es war ja von Anfang an klar, dass mein Land gebraucht würde. Aber wenn das seit 300 Jahren im Familienbesitz ist, hat man eine große Verantwortung gegenüber den Nachkommen und kann es nicht aufgrund einer aktuellen politischen Stimmung einfach so hergeben. Im Familienstatut von 1694 wird Verantwortung heutigen Handelns für zukünftige Generationen angemahnt, und dieser Tradition fühle ich mich selbstverständlich verbunden. Gerade als Forstbesitzer ist man verpflichtet, den Besitz ungeschmälert an die Nachfahren zu übergeben. Das hat bei mir zu Beginn eine größere Rolle gespielt als die Angst vor Radioaktivität. Die kam erst später.

Gräfin: Mich hat vor allem entsetzt, dass seitens der Politik mit üblen Methoden Druck auf Menschen ausgeübt wurde, ihre Meinung zu Gorleben und ihren Verkaufswillen zu ändern, dass man mit Schmiergeldern gearbeitet und überhöhte Preise angeboten hat ...

Graf:... na, Schmiergelder würde ich nicht sagen. Aber überhöhte Preise für das eigentlich wertlose, verkohlte Land nach dem Waldbrand 1975 wurden schon angeboten. Und es wurde gedroht: Entweder du verkaufst jetzt, oder es kommt die Enteignung zu vielleicht einem Zehntel des Geldes.

Gab es eine Diskreditierung der Familie Bernstorff?

Graf: Die öffentliche Meinung war

zunächst, dass ich mich mit dem Verkauf zurückhalte, um den Preis in die Höhe zu treiben. Die konnten sich nicht vorstellen, dass ich à la longue standhaft bleibe. Aber dann wurde 1978 der Verein der Waldeigentümer gegründet mit dem Ziel, sich gemeinsam anwaltlich beraten zu lassen und dem Druck zum Verkauf standzuhalten. Das hat leider nicht in jedem Fall geklappt: Einige haben halt doch verkauft. Die haben sicher gedacht: "Wenn der Graf nicht verkauft, hilft's der Sache, wenn ich verkaufe, hilft's dem Geldbeutel."

Gräfin: (wendet sich an den Graf) Es war schon sehr unangenehm für dich! Ich weiß noch, wie du manchmal am Ende warst nach diesen ganzen Ratssitzungen, wo immer alles überstimmt wurde und keine kritische Frage erlaubt war.

Graf: Am schlimmsten war die Stimmung in der Gorleben Kommission, die Dieter Grill geleitet hatte. Ich war da auch Mitglied und wurde geradezu niedergemacht, wenn ich "ungehörige Fragen" stellte ...

>> Haben Sie beide sich nach der Entscheidung für Gorleben in die Atom-Thematik eingearbeitet?

Beide: Natürlich!

Graf: Ich habe ganz schnell einen Beraterkreis zusammengestellt, der mir geholfen hat, mir eine eigene Meinung zu bilden und mich Diskussionen und der Presse zu stellen. Da waren Umweltexperten dabei, ein Anwalt, Leute aus der Wirtschaft - die ganze Vielfalt von Pro und Contra. Schließlich bilde ich mir ein, dass wir durch unsere Forderung an Ministerpräsident Ernst Albrecht 1979 das Gorleben Hearing mit vielen kritischen Wissenschaftlern auf den Weg gebracht haben. Und das hatte, glaube ich, zusammen mit dem Treck der Bauern vom Wendland nach Hannover und dem Unfall von Harrisburg, einen großen Einfluss, der in Albrechts berühmtem Satz gipfelte, das Nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben sei technisch machbar, aber politisch

bewundere den langfristigen Einsatz vieler Menschen gegen Gorleben. Als Betroffener muss ich mich ja irgendwie verhalten, aber das Durchhaltevermögen vieler Leute hat mindestens so viel Wert, wie das, was ich gemacht habe

Andreas Graf von Bernstorff

nicht durchsetzbar. So involviert, wie ich damals war, war das für mich die heißeste Zeit der Auseinandersetzung. Und die, in der ich das Gefühl hatte, dass man etwas bewirken kann. Dabei war mir immer klar, dass ich von der Materie viel zu wenig verstehe. Ich habe darum auch immer mit beiden Seiten geredet - mit der DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, Anm. d. Red.), mit den ganzen Umweltministern - und ich glaube, dass es richtig war, diese Gespräche nicht blockiert zu haben. Wichtig war mir aber, alle Aussagen zu hinterfragen und nötigenfalls gerichtlich klären zu lassen.

De 1998 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Möglichkeit zur Enteignung in das Atomgesetz eingefügt. Dieser ungeheuerliche Vorgang ist in Wahrheit eine "Lex Bernstorff". Gab es andererseits in all den Jahren auch Momente der Genugtuung, den Gedanken: "Wir haben es richtig gemacht"?

Gräfin: Immer wieder! Wir haben's doch eigentlich schon ganz schön weit gebracht. Es hat sich total gelohnt, dass man immer wieder gebohrt, gefragt, sich quergestellt hat. Das ist eigentlich auch eine Erfolgsgeschichte. Wenn das nicht so gewesen wäre, dann hätten wir heute schon diese ganzen Anlagen vor der Tür und die AS-SE-Probleme vielleicht auch hier.

Graf: Es hat auch Spaß gemacht, denen immer mal wieder ein Bein zu stellen. Zum Beispiel als ich zusammen mit Greenpeace ein weiteres Grundstück mitten im Erkundungsbereich 1 gekauft habe und damit noch weitere Teile des Salzstocks als ohnehin schon für die Erkundung blockiert wurden. Und natürlich ist man ein bisschen stolz, wenn man es erreichen kann, dass die ganzen Minister hierherkommen und sich den kleinen Leuten stellen müssen.

>>> Greenpeace wurde schon angesprochen, aber es gab auch Kontakt zu weiteren Gruppen des wendländischen Widerstands ...

Graf: Das stimmt. Wir waren ge-

Gräfin: Mit denen hat man sich ja auch zusammengetan: mit der so genannten Gartower Runde, mit Greenpeace, den Grünen, mit der Rechtshilfe Gorleben und der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Man möchte ja nicht ein Kohlhaas sein, der alleine entscheidet, sondern erreichen, dass Menschen die Beweggründe verstehen und mitziehen.

>> Woher kamen diese Kontakte?

Gräfin: Zum einen über die BI, in der ich mitgearbeitet und die ersten größeren Demonstrationen mitorganisiert habe. Und dann ganz eindeutig auch über Rebecca Harms.

**Graf**: Na, erstmal natürlich über Undine von Blottnitz!

**Gräfin**: Ja, unbedingt! Die war ja noch vor Rebecca da ...

... und eine lautstarke Kämpferin, die auch schon mal vor Wasserwerfern stand.

**Gräfin:** Oh, wir haben uns schon auch immer wieder beteiligt, uns quer gestellt und Sitzblockaden gemacht. Also, das schon!

Das wollten wir nicht in Abrede stellen!

**Graf:** Immerhin hat unser Sohn Adrian seine heutige Frau auf der Schiene kennengelernt.

Gräfin: Die war Dokumentarfilmerin und wollte unbedingt einen Film über den Gorleben-Widerstand und die Familie Bernstorff machen.

>> Na, das ist ihr ja gelungen!

Gräfin: Absolut! Sie hat dann internste Informationen bekommen. Das Verlobungsfoto zeigt die beiden dann auch auf der Schiene (lacht). Aber zurück zur Frage: Andreas hat schon vor der Standortbenennung ganz gemischte Grup-

pen in seinen weit verstreut liegenden Häusern wohnen lassen.

**Graf**: Ich musste die 68er-Jahre ein bisschen nachholen. Die hatte ich verpasst.

Gräfin: Eine der "radikalsten" Gruppen zu Beginn des Widerstands lebte schon seit Anfang der Siebzigerjahre als so genannte EMI-Gruppe im Elbholz.

Graf: Eins der ersten Mitglieder war eine Cousine, Asta von Oppen. Später kamen Jörg Janning dazu, Wolf Römmig Nikolaus Piontek und als Besucher auch immer wieder Wolfgang Ehmke. Das war natürlich 'ne heiße Zelle ...

Gräfin: Das war ein Spagat, aber wir hatten das Gefühl, dass es der Region gut tut, wenn sie ein bisschen aufgemischt wird und da mal etwas anderes passiert als immer nur 70 Prozent CDU-Zugehörigkeit. Als ich 1975 hierher kam, war das eine unvorstellbar konservative Ecke. Deshalb hat Ministerpräsident Albrecht ja auch gedacht, der Bau des Entsorgungszentrums sei hier ein ganz einfaches Ding: nur ein Grundbesitzer, und der ist CDU. Aber zu der Zeit zog es auch schon Künstler hierher, auch Lebenskünstler, Nischensucher, 68er aus Berlin und Hamburg, die mit ganz anderen Einstellungen kamen und neuen Wind hierher brachten. Das hat der Gegend letztlich gut getan. Und als Gorleben bestimmt wurde, waren die sofort wach und aktiv.

War der Zuzug ein Grund, warum 1977 ein Widerstand funktioniert hat, der 1972 bei den Plänen für ein AKW in Langendorf noch nicht so recht lief?

Gräfin: Würde ich sagen, ja! Da waren die Rixdorfer, die Künstler-Kommune in Nienwalde, die EMI-Gruppe und viele andere. Das waren ja alles sehr politisch bewusste Leute. Da ist dann auch Gedankengut bei den jungen Leuten angekommen, die hier aufgewachsen sind.

>>> Trotz allem waren die Gorleben-Gegner noch lange in der Minderheit und mussten rund 15 Jahre gegen die Kommunalparlamente durchhalten ...

Gräfin: Das war harte Arbeit!

Graf: Das war auch wirklich schlimm! Ich bin ja nun kein Linker, aber ich habe meine Meinung vertreten, von der ich überzeugt war und bin, dass sie verantwortungsvoll ist. Dass man dann trotzdem derart angegriffen wird, das war schon hart! Da habe ich einen Teil meiner Gesundheit eingebüßt!

>>> Hat Gorleben auch positive Aspekte gebracht?

Beide: Auf jeden Fall!

Graf: Man hat so viele Kontakte bekommen zu Menschen, mit denen man sonst wahrscheinlich nie in Berührung gekommen wäre. Das war sehr anregend. Und ich habe gelernt, die Demokratie sehr positiv zu sehen: Ich bin dankbar, dass es hier möglich ist, konträre Meinungen äußern zu können, ohne gleich im Gefängnis zu landen.

**Gräfin:** Und dafür, dass es mit der Justiz eine dritte Instanz gibt. Das ist ja auch nicht selbstverständlich.

>> Hat es durch den Widerstand neue Freunde gegeben?

Graf: Jaaa! Viele! Mit wahnsinnig interessanten Gesprächen. Und einer großen Solidarität, wenn es darum ging, hunderttausende Euro für Prozesskosten aufzutreiben. Andererseits habe ich nie die Erwartung gespürt, diese Kosten bitteschön allein zu tragen, nach dem Motto: Der Graf kann das ja mal bezahlen.

**Gräfin**: Ein gemeinsames Ziel verbindet eben sehr. Auch ein gemeinsamer, hmm, Feind (lacht) – nein: Gegner.

>> Vorhin fiel schon der Name: Was ist die Aufgabe der Gartower Runde?

Gräfin: Für mich ist es sehr wichtig gewesen, dass man sich gut vernetzt mit Gruppen und Personen, die an ähnlichen Zielen arbeiten und dass man sich gemein-

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass vor 1977 bei uns über Atomkraft auch nur gesprochen wurde. Danach na-

Anna Gräfin von Bernstorff

mehrl

türlich umso

sam wappnet und fortbildet. Zum Beispiel mit Vertretern der Kirche und der Rechtshilfe, der Notgemeinschaft, der Bürgerinitiative oder Salinas. Ich finde es wichtig, da einen nicht zu großen und nicht zu öffentlichen Gesprächskreis im geschützten Raum zu haben.

Graf: Inzwischen hat sich die Gartower Runde zu einer richtigen Expertengruppe entwickelt mit Leuten, die sich intensiv mit der Materie beschäftigen. Viel mehr als ich das je konnte. Nur so konnte man den Befürwortern Gorlebens und den ganzen Umweltministern nicht nur polemisch, sondern auch fachlich etwas entgegensetzen. Und ich denke, das hat auch Eindruck gemacht.

Gräfin: Nur dadurch konnten wir hier im Wendland beides: uns auf der Straße querstellen und auf Augenhöhe mit Ministern diskutieren.

>> Ein Waldbesitzer ist es gewohnt, in Zeiträumen von mehreren Generationen zu denken. Beeinflusst das auch das Denken über den notwendigen Zeitraum der Lagerung von Atommüll?

**Graf**: Das Nachhaltigkeitsprinzip ist ja dem Wald immanent.

Gräfin: Dieser "Generationen-Vertrag" ist in meiner christlichen Haltung begründet. Wir sind verantwortlich für unsere Kinder und Kindeskinder, für den Erhalt der Schöpfung und der Lebensräume. Bei der Atomenergie ist diese Verantwortungsübernahme gar nicht möglich.

Graf: In diesem Zusammenhang: Wenn man gegen Atomenergie und gegen Kohle ist, die beide riesige Umweltgefahren bergen, dann muss man auch zeigen, dass es andere Wege gibt. Niemand sollte von uns erwarten, dass wir auch gegen Windenergie sind. Ich bin sehr enttäuscht über die sehr negative Einstellung von vielen Leuten, dass wir ganz nah am Erkundungsbergwerk einen Windpark machen wollen. Man hat doch die Verantwortung, andere Wege aufzuzeigen. Ich stehe dazu, dass das





Projekt auch wirtschaftlich sinnvoll ist, aber das ist doch nichts Negatives. Der Landkreis muss ja auch eine Zukunft bieten ...

Gräfin: ... für junge Leute! Wir können hier ja nicht nur ein Museum betreiben und alles unter Schutz stellen. Auch der Mensch ist ja ein Teil des Systems und braucht eine Zukunft.

In der Lokalzeitung konnte man kürzlich lesen, Ihr Sohn Fried plane, mit dem Windpark im Gorlebener Wald die späte Rendite für den Verzicht seines Vaters auf die Millionen aus dem Verkauf seiner Flächen einzufahren ...

Graf: Ich scheue mich nicht, zu sagen, dass das Projekt für uns auch wirtschaftliche Gründe hat, aber vor allem gilt: Es ist einfach der richtige Weg! Nur weil der Landkreis seinen Strombedarf fast vollständig regenerativ decken kann, darf man jetzt nicht Schluss machen. Wir brauchen Gebiete, die ihr Soll übererfüllen, um die

Anna Gräfin von Bernstorff ist seit Anbeginn Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Andreas Graf von Bernstorff hat mehrfach lukrative Angebote der Atomindustrie abgelehnt Versorgung in den Städten sicherzustellen.

Gräfin: Es ist die Aufgabe unserer Generation, die Energiewende auf den Weg zu bringen. Wir haben schließlich nur noch dieses kleine Zeitfenster von zehn, fünfzehn Jahren.

Graf: Ich freue mich immer, wenn ich ein Windrad sehe! Aber ich verstehe auch die Argumente der anderen Seite, die um die ökologische Vielfalt besorgt sind.

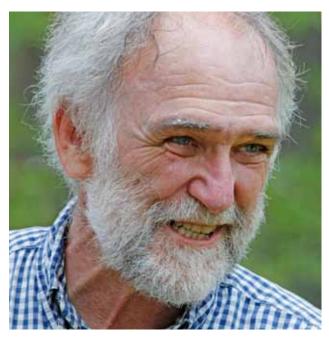
>> Eine Diskussion, die quer durch den Gorleben-Widerstand geht?

Gräfin: Ja, und im Gespräch mit Windkraft-Gegnern, mit denen man bis gestern noch gemeinsam gegen Gorleben gekämpft hat, merkt man: Diese Leute sind im Widerstand geschult. Diese Taktiken gegen die Atom-Befürworter, die man 40 Jahre lang geübt hat, richten sich plötzlich gegen unseren Sohn Fried ...

» Die Erkundung in Gorleben ruht, es soll einen Neustart in der Endlagersuche geben. Kann sich das Wendland beruhigt zurücklehnen?

Graf: Wir dürfen uns nicht einlullen lassen und müssen wachsam bleiben. Hier ist das Zwischenlager, und im Salzstock wurde schon so viel Geld ausgegeben, dass die Gefahr groß ist, dass es doch bei Gorleben bleibt. Ich glaube allerdings, dass erst einmal sehr lange gar nichts passieren wird. Das ist auch nicht gut.

Gräfin: Die große Gefahr ist die lange Zwischenlagerung. All das Zeug, das wir da um uns herum stehen haben. Aber die nächste politische Klippe ist, dass das Standortsuchgesetz auch wirklich ernsthaft umgesetzt wird. Es wird darauf ankommen, dass Standorte bis zu einem Level untersucht werden, der eine Vergleichbarkeit überhaupt erlaubt, und das Ganze nicht in eine Scheinsuche mündet, damit die finale Entscheidung justiziabel ist. Die Gefahr ist, dass nicht wirklich neu nachgedacht wird und man am Ende doch wieder bei Gorleben landet.



### Schwingung gegen Gorleben

Portrait "Der Wehrdienst hat mich zu einem linksliberalen Naturliebhaber gemacht." Was hatte Erich Bäuerle da gerade gesagt? Die Bundeswehr? "Als die mich einberiefen, wurde ich trotz Sehschwäche nicht untauglich gemustert, sondern in eine Einheit mit einem Jung-Nazi als Kompanie-Chef gesteckt. Mit zwei Kameraden hat es mir Spaß gemacht, ihm das Handwerk zu legen! Das war meine Politisierung, und sie war links!" Ein Manöver tat das Übrige: "Allein im Gelände zu liegen, hat mein Interesse für die Natur geweckt." Dem "Bund" folgte zunächst ein reines Physikstudium in Tübingen, unterbrochen von Tauchreisen an die Costa Brava - und wenigstens einmal zur Tante nach Wendlingen. Die hatte die "Brigitte" abonniert, und ausgerechnet darin fand Erich einen Artikel zur Meeresphysik. Die Berichte des Forschers Jacques-Yves Cousteau faszinierten den jungen Studenten. Er wechselte nach Kiel, verbrachte seine Tage mit der Berechnung von Meeresströmungen und der Erstellung von Computermodellen. Theoretische Ozeanographie nannte sich das - aber was heißt schon "theoretisch". Sein Professor war ein

Dass sich
Geologen,
Chemiker oder
Physiker offen
gegen Gorleben
aussprechen,
ist schon selten
genug.
Wenn dies aber
ein Ozeanograph mit Experimenten tut,
spielt er dem
Widerstand in
die Hände.

Von Andreas Conradt

Seebär alten Schlages und bestand auf mindestens einer großen Reise: "Vier Wochen Spitzbergen bei Windstärke 8!" Die Promotion in Kiel und die anschließende Projektstelle waren da, zumindest physisch, um einiges ruhiger. Aber: "Ich habe '78 umgesetzt, wovon '68 noch geträumt wurde: weniger Druck, keine Klausuren und Zensuren, freie AGs." Unter dem Murren der alten Profs hat man den jungen Dozenten gewähren lassen, trotzdem kam nach wenigen Jahren das Aus. "Die Uni hatte Angst, dass ich meine Anstellung einklagen könnte. Das wollten sie verhindern und haben gekündigt." Seine Doktorarbeit über die "Eigenschwingungen von geschichteten, abgeschlossenen Gewässern unter dem Einfluss der Erdrotation" war da schon fertig, doch Dr. Bäuerle brauchte schnell eine neue Idee!

"Sie sind verrückt!", so muss es geklungen haben, als Erich seinen Kollegen den neuen Plan präsentierte: Als erster Ozeanograph überhaupt machte er sich in seinem Metier selbstständig. Er bot sich an als Dienstleister für Uni-Professoren, fertigte Gutachten für Wasserwirtschaftsämter. Heute zeugen unzählige Ingenieurbüros vom Erfolg der Idee.

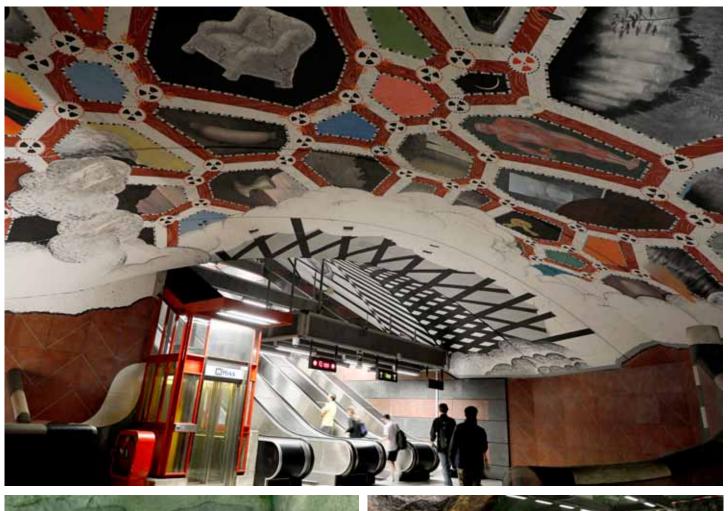
Gleichzeitig wagte Erich einen zweiten Sprung ins eiskalte Wasser: Für das "Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften" (IPN) mimte er den "Alibi-Wissenschaftler" auf der Kunstmeile der Kieler Woche! "Da waren jede Menge Kunstschaffende – und ich hab so kleine Experimente gemacht. Nur: Bei mir standen Trauben von Leuten, und die Künstler hatten lange Gesichter." Nach der Kieler Woche folgten Stadtteilfeste, Ortsjubiläen, sogar eine Exkursion zur Kunsthochschule in Brasilien und – nach dem Umzug ins Wendland – das Programm der "Wasseransichten".

"Wenn ich die Experimente um Atommüllfässer ergänze, ist das meine Form, den Protest gegen Gorleben zu bereichern. Aber wenn's hart kommt, hab ich Angst vorm Protestieren." Das liegt wohl an der schwäbischen Autoritätshörigkeit: "Demonstrieren tut man nicht!" Lehren schon: "Wie beim Atommüll, kann bei Pendeln die kleinste Störung fatale Folgen haben. Wenn die schwere Eisenkugel eins der Metallfässer trifft, bleibt den Leuten das Lachen im Hals stecken. Mein ,Spiel' ist ein Gesprächsanreger."

Genau wie Erichs Mobilität im weiten Wendland: Den Führerschein hat ihm der Vater nicht finanziert, danach hatte Erich weder Zeit noch Geld – nur die Sehschwäche. So kam er zum Trampen. Bis heute. "Ursprünglich war das keine politische Entscheidung, aber heute ist es oft Anlass, darüber zu sprechen, dass Mobilität auch anders ginge." Der Mann ist Lehrender durch und durch. Und irgendwie auch Politiker.













Dass Stockholms Untergrund, pardon: die U-Bahn, Überraschungen künstlerischer Art bereithält, dürfte jedem Besucher der Metropole durch Polyglott und Merian hinlänglich bekannt sein. Trotzdem vermag es die Station am Kungsträdgården im Zentrum der schwedischen Hauptstadt, zumindest den Reisenden aus dem Wendland für kurze Zeit zu irritieren: ein gelbes X am Ende eines langen Gangs, ein ramponiertes Fass in Boden und Berg, Atomzeichen als Teil mysteriöser Felszeichnungen auf nacktem Granit. Was zunächst nach Protest made in Gorleben aussieht, entpuppt sich beim Lesen der Erklärungstafeln als

Versuch, den über der Erde gelegenen, namengebenden "Kunstgarten" auf bildnerische Weise mit älteren und jüngeren archäologischen Funden beim Bauder Station im Jahr 1977 zu verbinden. Schade eigentlich! Also doch nicht "Gorleben ist überall", stattdessen "Konst från Sverige".

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Rosenstraße 20 ● 29439 Lüchow Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr ● Di, Do: 9 – 18 Uhr ☎ 05841 - 4684 buero@bi-luechow-dannenberg.de www.bi-luechow-dannenberg.de

**Aufruf** 

# DON'T NUKE THE CLIMATE



Busfahrt mit der Bl zur Demo zur Weltklimakonferenz in Bonn

10. bis 11. November Infos im BI-Büro und auf der BI-Website

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

www.bi-luechow-dannenberg.de



Na	me	Vorname
Straße		Hausnummer
PLZ, Ort		E-Mail
Datum		Unterschrift
	<del>-</del>	rn der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeg g Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).
	lch möchte die "Gorleben Rundschau" künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).	
	ch unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:  einmalig EUR	
		Name der Bank
	BIC	IBAN
	Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per	Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL